

Kein **KIND** zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor



Fachmagazin 2014

zum Landesmodellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“
für das Jahr 2014

INHALT

04	Vorworte
04	Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen
05	Dr. Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung
06	Politik der Vorbeugung
08	Ein Vorhaben – Viele starke Partner
10	Vorbeugen als Kernanliegen der Landespolitik
12	Ministerin Ute Schäfer: „Die Perspektive muss sich ändern: Das Kind steht im Mittelpunkt“
14	Lernnetzwerk und Wissenstransfer
16	Lernnetzwerk
17	Themencluster
20	Wie gelingt Vorbeugung?
21	Die Frühjahrsakademie
22	Evaluation
24	Evaluation in sechs Modulen
25	Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier: „Alle Kinder profitieren“
27	Gerhard Micosatt: „Wir tragen einzelne Mosaiksteine zusammen“
29	Gute Praxis entlang der kommunalen Präventionskette
30	Rund um Schwangerschaft und Geburt
32	Moers: Kleine Elfen für junge Familien
34	Kreis Warendorf: Ungezwungene Atmosphäre überzeugt
38	Oberhausen: „Dynamisches Konzept für Eltern und Kinder“
42	Duisburg: Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen
44	Münster: Familien stärken – online
46	Rund um die Kita
48	Dortmund: „Tolle Entwicklung der Kinder“
50	Düsseldorf: Kooperation vor Ort
52	Mönchengladbach: Brücke des Vertrauens
54	Kreis Unna: Den Übergang im Blick
56	Bielefeld: Kita und Schule unter einem Dach
58	Von der Grundschule bis in die weiterführende Schule
60	Gelsenkirchen: Unterstützung von Anfang an
62	Kreis Düren: Engagierte Eltern vernetzen sich
64	Witten: Portfolioarbeit macht Schule
66	Dormagen: Ein Netzwerk für Familien
68	Rund um die Jugendphase
70	Gladbeck: „Alle Partner einbezogen“
72	Hamm: Damit die richtigen Hilfen ankommen
74	Wuppertal: Was wünschst Du Dir?
76	Arnsberg: Generation Zukunft
78	Impressum

INFO

Alle wichtigen Informationen zum Modellvorhaben gibt es auf der Website www.kein-kind-zuruecklassen.de. Sie ist das zentrale Kommunikations- und Informationsinstrument.

VORWORTE



Sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Kind soll – unabhängig von seiner sozialen Herkunft – die gleichen Chancen auf gute Bildung und ein eigenverantwortliches Leben haben. Dieses Ziel treibt uns alle gemeinsam an. Zusammen mit 18 Kommunen haben wir uns deshalb vor zwei Jahren mit dem Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ auf den Weg gemacht. Dabei wollen wir in den Städten und Gemeinden sogenannte Präventionsketten auf- und ausbauen, um bereits bestehende Angebote besser zu vernetzen und um diejenigen gezielt zu erreichen, die Hilfe brauchen. So geben wir Kindern und ihren Familien wichtigen Halt und Orientierung.

In nur zwei Jahren sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Vorbeugung funktioniert und lohnt sich: Doppelstrukturen in den Verwaltungen sind in vielen Fällen bereits abgeschafft, Angebote für Kinder, Jugendliche und Eltern sind besser miteinander vernetzt. Erneut hat sich gezeigt, dass es entscheidend ist, vom Kind her zu denken und nicht in Behördenstrukturen.

Aber noch sind wir nicht überall am Ziel. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass die nötige Unterstützung früher bei den Familien ankommt. Damit dies gelingt, bauen engagierte Fachkräfte täglich Brücken des Vertrauens zu den Kindern, Jugendlichen und Eltern. Und weil wir alle Familien in Nordrhein-Westfalen erreichen wollen, geben wir die Ergebnisse aus unserem Modellvorhaben an andere Kommunen weiter. So können alle von den bisherigen Erfahrungen und neuen Erkenntnissen profitieren.

Die Landesregierung stellt mit ihrer Politik den Menschen in den Mittelpunkt. Für uns gilt: Vorsorge ist besser als Nachsorge. Dieser vorbeugende Politikansatz gehört zu den herausragenden Aufgaben des Staates und der gesamten Gesellschaft. Gehen wir gemeinsam die nächsten Schritte!

Hannelore Kraft

Ministerpräsidentin des Landes
Nordrhein-Westfalen



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen sozialen Fehlentwicklungen vorbeugen. Das ist der Ansatz von „Kein Kind zurücklassen!“. Dazu müssen wir wissen, was wirkt. Daher haben wir, gemeinsam mit unseren Partnern aus der Wissenschaft, eine Evaluation auf den Weg gebracht. Ziel ist es herauszufinden, wie und unter welchen Bedingungen präventive Angebote bei Kindern und Jugendlichen wirken und wie staatliche Mittel am besten genutzt werden.

Die Evaluation untersucht die 18 Kommunen des Projekts auf mehreren Ebenen. Auf der Ebene der Verwaltung, um die Faktoren zu identifizieren, die für den Aufbau von Präventionsketten förderlich sind. Auf der Ebene der Sozialstruktur, um zu sehen, wer von präventiven Leistungen besonders profitieren kann. Und auf der Individualebene, um die Gründe zu identifizieren, die Familien davon abhalten, Förderung in Anspruch zu nehmen.

Was sich heute schon sagen lässt, stellen Ihnen die Forscher jetzt vor.

Drei Befunde erscheinen mir besonders wichtig. Sie zeigen, worauf es jetzt ankommt.

1) Die Inanspruchnahme der kommunalen Angebote durch die Familien ist die Voraussetzung dafür, dass überhaupt etwas beim Kind ankommt oder bewirkt wird. Hierauf muss unser besonderes Augenmerk liegen.

2) Negative Ausgangsbedingungen können erheblich verringert werden, wenn es gelingt, Kinder aus unterschiedlichen sozialen Hintergründen gemeinsam zu betreuen,

Kinder für den frühen Besuch einer Kita zu gewinnen und regelmäßige Sportangebote in den Kita-Alltag zu integrieren.

3) Prävention führt mittel- und langfristig zu finanziellen Entlastungen und Erträgen im gesellschaftlichen System. Die Kommunen selbst profitieren davon allerdings eher weniger. Es muss deshalb gelingen, dass die Nutznießer der Präventionserträge langfristig die Kommunen, die in den Auf- und Ausbau von Präventionsketten investieren, entlasten und unterstützen.

Dieses Wissen zu nutzen, um daraus Schlussfolgerungen für das Handeln von Kommunen, Land und Bund zu ziehen, darauf kommt es uns an. Wir sind mit Ihnen auf dem Weg. 2015 werden die Ergebnisse der Evaluation vorliegen. Lassen Sie uns gemeinsam daran weiterarbeiten, evidenzbasiertes Handlungswissen zu generieren, um Kinder und deren Familien noch gezielter und wirksamer unterstützen zu können. Wir danken den 18 Modellkommunen für ihr großes Engagement in der Sache und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Dr. Brigitte Mohn

Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung



POLITIK DER VORBEUGUNG

Vorbeugende Politik ist Kern und Markenzeichen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und auch ein zentrales Anliegen der Bertelsmann Stiftung. Nicht nur im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ sollen Kinder und Jugendliche bessere Chancen auf gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe bekommen. Die Landesregierung setzt sich in allen Handlungsfeldern für das gelingende Aufwachsen von Kindern ein. Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich seit Jahrzehnten für gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit, soziale Integration und Bildung. Sicher ist: Vorbeugung ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe. In diesem Gesamtzusammenhang leisten die 18 Modellkommunen Pionierarbeit.

EIN VORHABEN – VIELE STARKE PARTNER

Träger des Landesmodellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung. Gemeinsam helfen sie 18 Modellkommunen beim Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten.

Das Modellvorhaben umfasst drei Bausteine:

1. Im Lernnetzwerk kommen die teilnehmenden Kommunen zusammen, um sich über ihre unterschiedlichen Erfahrungen auszutauschen und Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden.

2. Unter dem Stichwort „Transfer“ werden die im Modellvorhaben gewonnenen Erkenntnisse aufbereitet und in die Fläche getragen, damit alle Kommunen in NRW – und darüber hinaus – von „Kein Kind zurücklassen!“ profitieren.

3. Mit der Evaluation wird in fachlicher und finanzieller Hinsicht untersucht, welche Wirkungen kommunale Präventionsketten entfalten. Eine Steuerungsgruppe trifft die strategischen Entscheidungen im Landesmodellvorhaben. Ihr gehören neben der Staatskanzlei, das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport sowie die Bertelsmann Stiftung an. Beratend zur Seite steht eine Lenkungsgruppe, in der alle Ministerien der Landesregierung vertreten sind.

Die fachliche Zuständigkeit für die Umsetzung des Modellvorhabens liegt beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Innerhalb des Ministeriums wurde dazu die abteilungsübergreifende Projektgruppe „Prävention“ gebildet, die direkt dem Staatssekretär untersteht. Im Ministerium ist auch die Landeskoordinierungsstelle angesiedelt. Sie organisiert das



Lernnetzwerk und berät die Modellkommunen. Träger der Koordinierungsstelle ist das Institut für soziale Arbeit e.V.

Im Rahmen der Evaluation arbeitet die Bertelsmann Stiftung mit einer Reihe renommierter Forschungsorganisationen zusammen. Beteiligt sind unter anderem Forscherinnen und Forscher des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum, von Faktor Familie GmbH sowie von der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH. Die wissenschaftliche Leitung des Forschungsteams zur fachlichen Evaluation obliegt Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung, Bochum). Die fiskalische Evaluation leitet Gerhard Micosatt (Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH).

Die drei Bausteine bei „Kein Kind zurücklassen!“:
1) Lernnetzwerk,
2) Transfer und
3) Evaluation.
18 Kommunen nehmen am Landesmodellvorhaben teil.



18 MODELLKOMMUNEN MIT LOKALER KOORDINATION

LERNNETZWERK

Austausch zwischen den
Modellkommunen

TRANSFER

Fachveranstaltungen,
Publikationen, Website
etc.

EVALUATION

Analyse fachlicher und
fiskalischer Wirkungen

LANDESKOORDINIERUNGSSTELLE

(beim Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport)

Organisiert das Lernnetzwerk und unterstützt den Transfer
in die breite Öffentlichkeit

GESCHÄFTSSTELLE EVALUATION UND TRANSFER

(bei der Bertelsmann Stiftung)

Steuert die Evaluation und unterstützt den Transfer in die
breite Öffentlichkeit

LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

BERTELSMANN STIFTUNG

VORBEUGEN ALS KERNANLIEGEN DER LANDESPOLITIK

Vorbeugung, die vom Kind aus gedacht wird, muss dort ansetzen, wo Kinder leben und aufwachsen. Daher stehen die Kommunen im Mittelpunkt des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen!“. Das Vorhaben dient als Labor für die Erprobung von vorbeugender Politik im kommunalen Praxisalltag, aber auch als Impulsgeber für die Landesregierung.

Prävention ist das Kernanliegen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und Querschnittsaufgabe aller Ministerien. Mit dem vorbeugenden Politikansatz verfolgt die Landesregierung drei Ziele:

1. Mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit, da die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern noch immer zu stark abhängig sind vom Geldbeutel und Bildungskapital der Eltern.
2. Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses, wozu wir alle Talente und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen erschließen müssen.

3. Die Vermeidung von sozialen Folgekosten, weil wir überzeugt sind, dass sich Investitionen in die frühe und vorbeugende Förderung von Kindern lohnen. Vorbeugung ist zukunfts-fähige Finanzpolitik: Was wir heute in Prävention einzahlen, wird sich in Zukunft um ein Vielfaches wieder auszahlen.

Die kommunale Präventionskette muss in eine landesweite Präventionsinfrastruktur eingebettet sein. Das Land Nordrhein-Westfalen investiert daher in den Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen: von den Frühen Hilfen über die U3-Betreuung und die Ganztagschule bis in das Übergangssys-

Vorbeugung ist eine Querschnittsaufgabe. Sie umfasst viele Lebensbereiche: Von der Schule über den Sport bis hin zu Kultur oder Gesundheit.

AN EINEM STRANG ZIEHEN

Ein Beispiel, wie das Modellvorhaben Impulsgeber für das Land Nordrhein-Westfalen sein kann, ist die übergreifende Vernetzung von „Kein Kind zurücklassen!“ mit anderen Landesprogrammen. Das gemeinsame Ziel: Die Entwicklung einer gemeinsamen Koordination aller Projekte der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die in den Kommunen umgesetzt werden.

Zusammen mit den Bezirkskordinatorinnen und -koordinatoren der Regionalen Bildungsnetzwerke und der Kommunalen Integrationszentren NRW werden Handlungsempfehlungen zur systematischen und strukturierten Kooperation der verschiedenen Programme entwickelt. Dadurch soll auch die Qualität der kommunalen Daseinsfürsorge steigen.

Die Landeskoordinierungsstelle arbeitet darüber hinaus bereits eng mit dem Projekt „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ des Landschaftsverbands Rheinland sowie mit der im Familienministerium angesiedelten Landeskoordinierungsstelle „Frühe Hilfen“ zusammen. Perspektivisch soll die Kooperation dann auf alle präventionsrelevanten Landesprogramme ausgeweitet und soll somit eine Entsprechung zur Vernetzung auf kommunaler Ebene geschaffen werden.

Durch einen gemeinsam verabredeten Bezugsrahmen soll eine wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Kooperation geschaffen werden. Damit dies möglich wird, werden alle relevanten Akteure von Anfang an in den Prozess einbezogen. Alle ziehen an einem Strang.

INFO

In Nordrhein-Westfalen leben mehr als 17,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Knapp drei Millionen von ihnen sind unter 18 Jahre alt. Die Landesregierung widmet sich mit ihrer Politik besonders den Kindern und Jugendlichen.



tem Schule-Beruf und die Hochschulen. Qualitativ gestärkt wird diese Infrastruktur durch die Verankerung des Präventionsgedankens in allen maßgeblichen Handlungsprogrammen und Initiativen auf Landesebene. Hierzu zählen unter anderem die Kriminalitätsprävention im Projekt „Kurve kriegen“, aber auch die präventive Quartiersentwicklung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“.

Vorbeugung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, aber auch eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die Landesregierung möchte deswegen alle Ebenen von Politik und Verwaltung, aber auch alle gesellschaftlichen

Bereiche für das Thema Vorbeugung sensibilisieren. Vorhandene Ressourcen werden mobilisiert. Dazu gehört der Stärkungspakt Stadtfinanzen, der überschuldeten Kommunen in NRW dazu verhilft, ihre Haushalte wieder zu konsolidieren und damit mehr Handlungsfähigkeit für eine vorbeugende Politik zu gewinnen. Dazu gehören die Struktur- und Regionalfonds der Europäischen Union, die in NRW in der kommenden Förderperiode von 2014 bis 2020 für präventive Vorhaben geöffnet werden. Und nicht zuletzt gehört dazu die Zusammenarbeit mit gemeinwohlorientierten Stiftungen, damit zivilgesellschaftliche Potentiale für die Politik der Vorbeugung erschlossen und gebündelt werden.

„DIE PERSPEKTIVE MUSS SICH ÄNDERN: DAS KIND STEHT IM MITTELPUNKT“

Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport wurde innerhalb der Landesregierung mit der Federführung von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ betraut und hat das Institut für soziale Arbeit e.V. (Münster) beauftragt, eine Landeskoordinierungsstelle zur operativen Durchführung des Programms einzurichten. Im Interview spricht die nordrhein-westfälische Familienministerin Ute Schäfer über ihre bisherige persönliche Bilanz, positive Veränderungen in den Kommunen und darüber, wie alle Städte und Gemeinden von den Erfahrungen des Landesmodellvorhabens profitieren können.

Welches Zwischenfazit ziehen Sie nach zwei Jahren „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“?

Wir haben für Kinder, Jugendliche und deren Familien viel erreicht. Wir sind gut vorangekommen, was daran liegt, dass in den Gemeinden Steuerungsgremien aufgebaut worden sind. Hier koordinieren sie die Präventionsangebote aus Schule, Kinder- und Jugendhilfe oder auch der Gesundheitsförderung. Wir wollen eine passgenaue Unterstützung anbieten.

Worauf kommt es an, damit eine Politik der Vorbeugung in den Kommunen effektiv funktioniert?

Prävention muss als strategische Entscheidung von der Spitze einer Verwaltung gewollt und unterstützt werden. Voraussetzung ist ein breiter fachlicher Konsens, denn Steuerung und Beteiligung gehören nun einmal zusammen.

Welche positiven Veränderungen hat das Landesmodellvorhaben bewirkt?

Lange haben Institutionen und Träger sich auf ihren eigenen ganz konkreten Bereich konzent-

riert. Aber heute ist es mehr denn je notwendig, die Arbeit in den Kommunen zu koordinieren. Die Perspektive muss sich ändern: Das Kind steht im Mittelpunkt. Wir haben angefangen, vom Kind her zu denken. Und genau damit wurde in den ersten beiden Jahren ein erfolgreicher Prozess angestoßen.

Wie unterstützen Sie die Kommunen dabei konkret?

Die Landeskoordinierungsstelle unterstützt die Kommunen beim Auf- und Ausbau der Präventionsketten. In Lernnetzwerktreffen, vertiefenden Workshops und in der einzelkommunalen Begleitung findet viel statt: Austausch, Beratung und die Entwicklung übergreifender Handlungsempfehlungen. Auf der Website des Modellvorhabens geht die Fachdiskussion auch zwischen den Treffen weiter. Das Lernnetzwerk ist das Herzstück des Modellvorhabens. Hier begegnen sich alle beteiligten Partner und Kommunen auf Augenhöhe.

Wie gelingt es, durch „Kein Kind zurücklassen!“ Parallelstrukturen abzubauen?

Unsere Kommunen stellen ihre Strukturen

INFO

Ute Schäfer ist seit 2010 Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.



auf den Prüfstand. Denken wir vom Kind her oder doch eher von den Institutionen aus? Im Zuge von „Kein Kind zurücklassen!“ haben sich Parallelstrukturen durchaus aufgelöst. Oftmals ist aber gar nicht die Auflösung von Strukturen der wichtigste Punkt, sondern eine präzisere Aufgabenteilung und eine geregeltere Zusammenarbeit. Dies unterstützen wir künftig durch das Angebot kommunaler Entwicklungskonferenzen. Und wir schauen natürlich viel stärker auf die konkreten Fälle. Jeder bringt hier ein, was er kann.

Wie können andere Kommunen, die nicht am Landesmodellvorhaben teilnehmen, von den Ergebnissen aus „Kein Kind zurücklassen!“ profitieren?

Wir stellen im Modellvorhaben mit verschiedenen Publikationen und unserer Website sicher, dass schon jetzt bekannt wird, was in unseren Kommunen gut läuft. Darüber hinaus erarbeiten wir Handreichungen, die anderen Kommunen beim Aufbau eigener Präventionsketten helfen können.

Wie arbeiten Sie mit anderen Institutionen zusammen, um Prävention auf Landesebene weiter zu verfestigen?

Prävention ist eine Querschnittsaufgabe. Auf Landesebene gibt es einen dichten und regen

Austausch über die Perspektiven vorbeugender Politik. Auch wir müssen lernen, ressort- und trägerübergreifend zusammenzuarbeiten. Aber letztendlich muss sich Landespolitik demselben Anspruch stellen, den sich auch unsere Modellkommunen auferlegt haben, nämlich dem eines vernetzten Zusammenwirkens im Interesse von Familien, Kindern und Jugendlichen.

Wie geht es weiter bei „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“?

In den ersten beiden Jahren haben sich viele Kommunen auf den Aufbau von Koordinierungsstrukturen sowie auf Einzelbereiche der Präventionskette konzentriert, um ihre begrenzten Ressourcen im Landesmodellvorhaben effektiv einzusetzen. Prävention als strategische, kommunale Entscheidung zu verstehen, verlangt nun aber den nächsten konsequenten Schritt zu gehen. Damit meine ich die Weiterentwicklung hin zu einer wirkungsorientierten Steuerung der gesamten Präventionskette. Wirkt der Vernetzungsansatz tatsächlich zum Wohle der Menschen? Und tragen Präventionsketten zugleich zur Kostendämpfung bei, etwa im Bereich der stationären Hilfen zur Erziehung? Es gibt viele ermutigende Ansätze in den Kommunen, um diese Fragen zu klären. Dieses Puzzle wollen wir jetzt zusammensetzen.

„Prävention muss als strategische Entscheidung von der Spitze einer Verwaltung gewollt und unterstützt werden. Voraussetzung ist ein breiter fachlicher Konsens, denn Steuerung und Beteiligung gehören nun einmal zusammen.“



LERNNETZWERK UND WISSENS- TRANSFER

Das Landesmodellvorhaben „Kein Kind zurücklassen!“ ist eine Werkstatt vorbeugender Politik. Die 18 Modellkommunen arbeiten in einem Lernnetzwerk zusammen, um sich durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch beim Aufbau kommunaler Präventionsketten gegenseitig zu unterstützen. In Themenclustern erarbeiten sie Lösungsstrategien für gemeinsame Herausforderungen. Durch Fachtagungen kann auch die interessierte Öffentlichkeit an den im Modellvorhaben gewonnenen Erkenntnissen teilhaben.

LERNNETZWERK

Vernetzung steht im Mittelpunkt von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Damit sich die 18 Modellkommunen effektiv und zielgerichtet miteinander austauschen können, haben sie sich zu einem Lernnetzwerk zusammengeschlossen. Nur wer über die eigene Stadt- und Kreisgrenze hinaus schaut, kann von den Ansätzen anderer Kommunen lernen. Im Lernnetzwerk, dem Herzstück des Modellvorhabens, findet auch die fachliche Konzept- und Strategieentwicklung von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ statt. Die Landeskoordinierungsstelle im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen organisiert und moderiert den interkommunalen Austausch.

Pro Jahr finden vier Lernnetzwerktreffen zu wichtigen Schwerpunktthemen statt. Dabei bringen sich die Modellkommunen mit Vorträgen und Praxisbeispielen aktiv in die Veranstaltung ein. Wichtige Themen waren bislang unter anderem: Die Vermittlung von Basisin-

formationen und der Austausch darüber, wie Zugänge zu weiteren Querschnittsthemen der vorbeugenden Politik (Gesundheitsförderung, soziale Sicherung, ganztägige Bildung und Schule) ermöglicht werden können. Ein weiterer Fokus lag auf dem kommunalen Netzwerkmanagement als zentrale Aufgabe der örtlichen Koordinatoren und Koordinatorinnen sowie auf der sozialräumlichen Tiefenstaffelung der gesamtkommunalen Präventionskette.

Ein zweites Arbeitsformat im Rahmen des Lernnetzwerks bilden vier Themencluster, die 2012 installiert worden sind. Hier können Kommunen an präventionsrelevanten Fragestellungen arbeiten. Jede der 18 Modellkommunen arbeitet in mindestens einem Themencluster; einige sind auch in allen vier Clustern vertreten. Die Lernnetzwerktreffen bieten darüber hinaus auch eine Gelegenheit für den direkten Dialog mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Pro Jahr finden vier Lernnetzwerktreffen statt, bei denen sich die Kommunen untereinander austauschen und voneinander lernen können.



Ansprechpartner: Dr. Heinz-Jürgen Stolz

Leiter der Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, 0211 837-2736, heinz-juergen.stolz@mfkjs.nrw.de



THEMENCLUSTER EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Beteiligung von Zivilgesellschaft ist wichtig für die Präventionsarbeit. Beteiligte können Neues lernen, sich mit Gleichgesinnten vernetzen und Anerkennung erhalten. Auch die Gesellschaft profitiert von der Beteiligung: Gemeinsam getroffene Entscheidungen sind breit akzeptiert, neue Perspektiven werden eingebracht, der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gestärkt und Engagement kann die professionelle Arbeit unterstützen. Aber wie genau kann die zivilgesellschaftliche Einbindung die kommunale Präventionsarbeit sinnvoll ergänzen und weiterentwickeln?

Das Themencluster hat sich bisher unter anderem mit notwendigen Rahmenbedingungen zur zivilgesellschaftlichen Einbindung beschäftigt. Es wurde deutlich, dass eine

übergeordnete Strategie zur Beteiligung in der Kommune notwendig ist, damit alle lokalen Akteure und Institutionen am gleichen Strang ziehen und eine gute Qualität gewährleistet ist. Die Einbindung verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen – auch die sogenannten ‚schwer Erreichbaren‘ – kann durch individuell zugeschnittene Konzepte ermöglicht werden. Konsens besteht darüber, dass das Ehrenamt die fachliche Arbeit auf keinen Fall ersetzen aber sinnvoll ergänzen kann.

Der nächste Schritt im Themencluster ist die Ergänzung der bisher erarbeiteten Ziele und Ideen mit konkreten Umsetzungsvorschlägen.

Wie genau kann die Einbindung der Zivilgesellschaft die Präventionsarbeit in den Kommunen sinnvoll ergänzen und weiterentwickeln?



Ansprechpartnerin: Christin M. Jasper

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, 0251 925-3614, christin.jasper@isa-muenster.de

ÜBERGANGSMANAGEMENT

Ein zentrales Ziel des Landesmodellvorhabens ist es, Kindern und Jugendlichen Bildungsübergänge, wie beispielsweise von der Kita in die Grundschule, zu erleichtern. Sie spielen eine wichtige Rolle, denn immer wieder kommt es hier zu biographischen Brüchen, die sich negativ auf die persönliche Entwicklung auswirken.

Aus der Perspektive des Kindes gehen Übergänge mit dem Wechsel von Bezugspersonen einher. Das kann ein Wechsel der Kita-Fachkraft zur Grundschullehrerin oder auch ein Wechsel des Fachlehrers hin zum Ausbildungsleiter sein. Es wird nach Lösungen gesucht, wie Übergänge in Zeitkorridoren gestaltet werden können und wie dabei soziale Benachteiligung vermieden werden kann.

Konkret werden im Themencluster fachliche Standards entwickelt, wie werdende und junge Eltern die Angebote der Frühen Hilfen besser in Anspruch nehmen können. Hierzu wurde eine Sammlung von Beispielen Guter Praxis zusammengestellt. Sie zeigt, wie in den Modellkommunen Angebote niedrigschwellig gestaltet werden können, so dass eine soziale Ausgrenzung von schwer erreichbaren Zielgruppen verhindert wird.

Die nächsten Schritte im Themencluster sind die Reflexion und Aufbereitung bisheriger Ergebnisse sowie die Einbindung von Expertinnen und Experten im Rahmen eines Hearings zum Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule.

Übergänge sind für Kinder und Jugendliche besonders wichtig: Hier kommt es immer wieder zu Brüchen in der Biographie.



Ansprechpartnerin: Dr. Christina Günther

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, 0251 925-3611, christina.guenther@isa-muenster.de

INNOVATIVE FINANZIERUNGSMODELLE

Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen vor der Frage, wie der Auf- und Ausbau qualitativ hochwertiger Hilfestrukturen für Kinder und Jugendliche angesichts einer herausfordernden kommunalen Haushaltslage umgesetzt werden kann. Das Themencluster „Innovative Finanzierungsmodelle“ will hierzu Antworten finden und Lösungswege aufzeigen. Der Ansatzpunkt ist hierbei keineswegs die pauschale Kürzung kostenintensiver Hilfen, sondern vielmehr die

Verringerung der Kosten, die durch zu spät einsetzende Unterstützungsangebote verursacht werden.

Als konzeptioneller Ausgangspunkt wurde im Themencluster der Teilbereich „elternstärkende Maßnahmen“ im Rahmen der kommunalen Präventionskette gewählt. Wird hier – fachlich abgesichert – träger- und bereichsübergreifend Hand in Hand gearbeitet, dann erscheinen positi-

Im Fokus steht die Verringerung der Kosten, die durch zu spät einsetzende Unterstützungsangebote verursacht werden.

SOZIALRAUMMANAGEMENT

Die immer größer werdende Schere zwischen den Lebensverhältnissen wirkt sich auf Stadtteile und Quartiere der Kommunen aus. Es ist empirisch nachgewiesen, dass sich soziale Gruppen in bestimmten Gebieten konzentrieren und sich so soziale Ungleichheiten auf den Raum übertragen. Das Themencluster beschäftigt sich mit der Frage, wie diese Prozesse sichtbar gemacht und umgekehrt werden können.

Um mögliche Aus- und Abgrenzung abfedern zu können, ist es erforderlich, die unterschiedlichen Lebensverhältnisse kleinräumig zu betrachten. So kann herausgefunden werden, welche Problemlagen von den betroffenen Menschen als real wahrgenommen werden und welche Unterstützungsformen sie anneh-

men würden. Basierend darauf lassen sich passgenaue Angebote konzeptionieren und vorhalten, die sich an der Lebenswelt der Zielgruppen orientieren. Bei der Gestaltung von Angeboten ist die Berücksichtigung lokaler Ressourcen wichtig. Beispielsweise können lokale Vereine, Bündnisse oder Communities dazu beitragen, die Menschen mit Unterstützungsleistungen im Sozialraum zu erreichen und Schieflagen auszuräumen.

Als Nächstes werden die bisherigen Ergebnisse mit den Teilnehmenden diskutiert und in den wissenschaftlichen Diskurs eingeordnet. Darüber hinaus wird es eine enge Kooperation mit dem Themencluster „Einbindung der Zivilgesellschaft“ geben.

Wie kann die Konzentration von sozialer Ungleichheit in Stadtteilen sichtbar gemacht und umgekehrt werden?



Ansprechpartnerin: Lisa Kasper

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, 0251 270-5946, lisa.kasper@isa-muenster.de

ve fiskalische Wirkungen als eine fast zwingende Folge. Man kann davon ausgehen, dass jeder eingesetzte Euro mehr Ertrag erbringt, als dies bei einem unkoordinierten Nebeneinander einzelner Maßnahmen und Träger zu erwarten ist. Die Wirkungsannahme wird also auf der Ebene des kommunalen Netzwerks (der Präventionskette) formuliert, nicht auf der Ebene des einzelnen Angebots. Dieser Arbeitsansatz wurde gemeinsam

mit dem Forscherteam der fiskalischen Evaluations des Landesmodellvorhabens entwickelt. Im weiteren Verlauf des Themenclusters wird an einer Handlungsstrategie gearbeitet, mit deren Hilfe elternstärkende Maßnahmen so in der Präventionskette verankert werden können, dass die Inanspruchnahme kostenintensiver Hilfsmaßnahmen künftig auf das fachlich notwendige Maß beschränkt werden kann.



Ansprechpartner: Dr. Johannes Schütte

Wissenschaftlicher Assistent, Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, 0211 837-2648, johannes.schuette@mfkijks.nrw.de



INFO

Im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ gab es bislang drei große Veranstaltungen der Bertelsmann Stiftung: „MIT ELTERN“, „MIT UNTERNEHMEN“ und „GANZTAG PRÄVENTIV“

WIE GELINGT VORBEUGUNG?

Die Bertelsmann Stiftung bringt als Projektpartner der Landesregierung Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, Kommunen und Zivilgesellschaft zusammen. Der intensive Austausch in einer regelmäßigen Veranstaltungsreihe hat ein gemeinsames Ziel: Lösungen finden, damit Prävention gelingt.

Seit dem Start des Landesmodellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ im Jahr 2012 haben drei große Veranstaltungen stattgefunden.

Unter dem Titel „MIT ELTERN“ diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Frühjahr 2012 über Wege einer frühzeitigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Eltern. Dabei wurden Handlungsspielräume für Kommunen bei der Gestaltung der Zusammenarbeit von Profis und Eltern ausgelotet.

Im Dezember 2012 folgte durch „MIT UNTERNEHMEN“ eine Veranstaltung, die die Chancen und Grenzen der Einbindung lokaler Unternehmen in das Präventionsnetzwerk in den Mittelpunkt stellte. Wenn alle an einem Strang ziehen, können Jugendliche optimal auf den Übergang in eine Ausbildung oder ein Studium vorbereitet werden.

Die Vernetzung mit und in Ganztagschulen war im Oktober 2013 zentrales Thema bei „GANZTAG PRÄVENTIV“. Eine engere Zusammenarbeit

DIE FRÜHJAHRSAKADEMIE

Das Landesmodellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ kooperiert eng mit dem Projekt „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR). Beide Programme verfolgen ähnliche Ziele: regionale und überregionale Verzahnung von Expertise, so dass Parallelstrukturen vermieden, konkrete Praxisansätze kommuniziert, Qualität entwickelt und nachweislich wirkende präventive Strukturen etabliert werden können.

Für eine bessere Vernetzung treffen sich alle Koordinatorinnen und Koordinatoren beider Programme, die Teams der Koordinierungsstellen und Vertreterinnen und Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen jährlich zur Frühjahrsakademie. Die zweitägige Veranstaltung bietet Raum für den interkommunalen fachlichen Austausch und setzt Diskussionsanreize zu unterschiedlichen Themen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit und Jugendhilfe.

Ansprechpartner:

Dr. Johannes Schütte (s. S. 19)



kann nur gelingen, wenn Schulen sich für die Zusammenarbeit mit Partnern öffnen und wenn Qualitätsstandards formuliert und deren Umsetzung finanziert wird.

Auch für die Zukunft sind weitere Fachveranstaltungen geplant. Sie bieten eine gute Gelegenheit, wichtige Aspekte des Landesmodellvorhabens zu diskutieren. Einander zuhören und voneinander lernen: Der gemeinsame Austausch hilft allen Beteiligten, wichtige Schritte beim Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten zu gehen.



Ansprechpartnerin: Hanna Münstermann

Project Manager, Programm
LebensWerte Kommune,
Bertelsmann Stiftung,
05241 81-81278,
hanna.muenstermann@bertelsmannstiftung.de



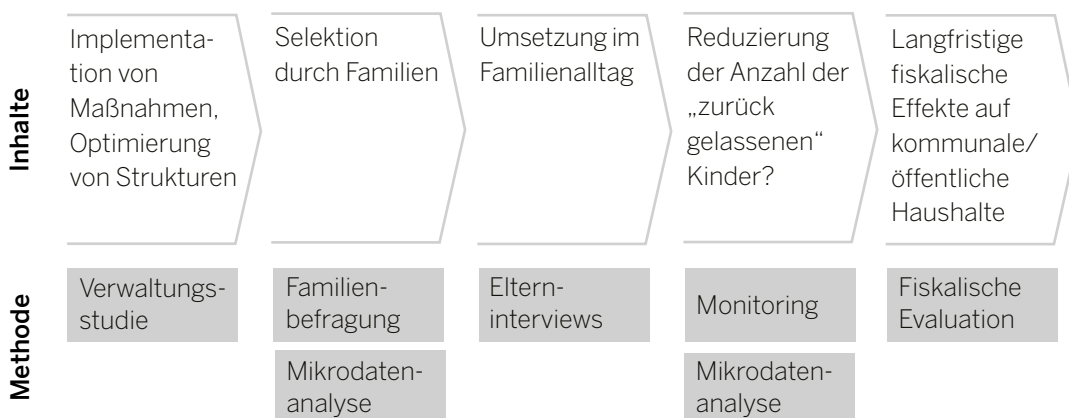
EVALUATION

Die Bertelsmann Stiftung verantwortet die Evaluation gemeinsam mit ihren wissenschaftlichen Partnern. In sechs verschiedenen Modulen wird untersucht, worauf es bei der Ausrichtung vorbeugender Kommunalpolitik ankommt, um größtmögliche Wirkungen zu erzielen. Daneben soll die Arbeit des Forschungsteams vorhandene Erkenntnislücken schließen, da es in Deutschland bisher nur in sehr begrenztem Umfang Evaluationsforschung zur Effektivität umfassender sozialpräventiver Ansätze auf kommunaler Ebene gibt.

EVALUATION IN SECHS MODULEN

Das Modellvorhaben wird fachlich und fiskalisch evaluiert. Das Ziel: Untersuchen, wie kommunale Präventionsketten wirken. Es wird nach Möglichkeiten der Optimierung gesucht und geprüft, inwiefern sich durch den Ausbau von Präventionsketten soziale Folgekosten verringern lassen.

Forschungsinhalte und -methoden



Eine Verwaltungsstudie (Modul 1) wurde auf den Weg gebracht. Sie untersucht die Präventionskonzepte und die Implementation der Bausteine der Präventionskette in den Kommunen. Sie fragt nach Zuständigkeiten und Kompetenzen der einzelnen Akteure aus den Politikfeldern Familie, Bildung, Kinder und Jugend und nach wiederkehrenden Angebotstypen und Kooperationsformen. Ziel ist es, möglichst gut unterscheidbare Typen der lokalen Steuerung und Organisationen von Prävention zu finden.

Damit diese „typischen“ lokalen Angebote auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen Einfluss nehmen können, müssen sie von den Familien in Anspruch genommen werden (Modul 2). Dieses Modul besteht aus einer schriftlichen Befragung von Familien, die im Herbst 2014 startet. Unterschiede in der Qualität und Intensität der Inanspruchnahme und die Art

und Weise, in der externe Ressourcen in den Familienalltag eingebaut werden können, werden untersucht.

In drei Kommunen (Modul 3), in denen die Familienbefragung durchgeführt wurde, sollen bei einer Gruppe von Familien subjektive Sichtweisen, die Formen der Nutzung externer Hilfen im Alltag, ihre Probleme und die Bewertung der lokalen Angebote erfragt werden.

Ein Ziel der fachlichen Evaluation ist es, den Kommunen Instrumente an die Hand zu geben, mit denen sie Wirkungszusammenhänge selbst untersuchen können. Das geschieht in einer Mikrodatenanalyse (Modul 4). Das Mikrodatenmodul liefert auch die Grundlage für eine Verbesserung von Indikatoren einer kommunalen und kleinräumigen Berichterstattung (Modul 5). Um kommunales Monitoring von Bildungs-

INFO

Das wissenschaftliche Leitungsteam zur Evaluation besteht aus:

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum ZEFIR), Gerhard Micosatt (Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH), Prof. Dr. Jörg Bogumil (ZEFIR), Dr. David Gehne (ZEFIR), PD Dr. Angelika Engelbert (ZEFIR), Annett Schultz (Faktor Familie GmbH) und Volker Kersting (Stadtforschung und Statistik der Stadt Mülheim a.d.R./ ZEFIR).

übergängen, um Kontextbedingungen, die das Übergangsgeschehen beeinflussen, und um vorbeugende Aktivitäten an den Übergängen in den Kommunen geht es in diesem Modul.

Die finanzwirtschaftliche Evaluation (Modul 6) geht der Frage nach, welche sozialen Kosten durch die Fehlentwicklung bei Kindern und Jugendlichen entstehen, welche Aufwände durch den Auf- bzw. Ausbau von kommunalen Präventionsketten anfallen und welche finanziellen

Entlastungen bzw. Erträge für die öffentlichen Haushalte dadurch zu erwarten sind.

Die Ergebnisse der Evaluation werden 2015 vorliegen. Zwischenergebnisse und erste Schlussfolgerungen werden in Form von Werkstattberichten öffentlich gemacht. Diese werden auch als Download auf der Webseite von „Kein Kind zurücklassen!“ zur Verfügung gestellt. Der erste Bericht ist im August 2014 erschienen.

Den Werkstattbericht zur Evaluation kann auf der Projektwebsite heruntergeladen werden:
www.kein-kind-zuruecklassen.de/medien/downloads.html

„ALLE KINDER PROFITIEREN“



Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR/Bochum) leitet das wissenschaftliche Forschungsteam zur fachlichen Evaluation des Modellvorhabens.

Herr Prof. Dr. Strohmeier, formal steht der Zugang zu präventiven Angeboten und Regeleinrichtungen allen offen. Welche Zugangsbarrieren können Sie dennoch ausmachen?

Es ist erwiesen, dass alle Kinder – auch im späteren Lebensalter – davon profitieren, wenn sie in einem möglichst frühen Lebensalter in den Kindergarten gehen und wenn ihre Eltern dort dazugehören. In vielen Städten und Gemeinden finden wir heute eine Versorgung mit Kitaplätzen, die dicht bei 100 Prozent liegt, wenn wir das unabhängig vom Alter betrachten.

Zwischen den 396 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen finden wir aber immer noch erhebliche Unterschiede in den Anteilen der Dreijährigen, die keinen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben. In einer mittelgroßen Stadt waren im Jahr 2012 47 Prozent aller dreijährigen Kinder ohne Kitaplatz, in 7 Prozent der Kommunen hatte über ein Viertel der Kinder

mit drei Jahren keinen Kitaplatz. Die Unterschiede im Vergleich von Stadtteilen und Gemeindebereichen sind vielfach noch größer.

Zugangsbarrieren sind zum Teil 'objektiver' Art. Die Einrichtungen liegen nicht immer dort, wo die Familien leben und die Kinder aufwachsen, die ihrer besonders bedürfen. Es gibt auch subjektive Barrieren, das heißt Eltern kennen für sich und ihre Kinder hilfreiche Angebote nicht oder sie überschätzen die Kosten ihrer Inanspruchnahme. In verschiedenen Kommunen in einzelnen Stadtteilen können wir eine Häufung solcher Unkenntnis feststellen. Manchmal trauen sie sich auch einfach nicht. Hinzu kommt institutionelle Diskriminierung. Damit sind nicht nur die bekannten mehr oder minder subtilen Formen der Nichtempfehlung von Einwandererkindern aufs Gymnasium gemeint, wo ihnen ja

„Einrichtungen liegen nicht immer dort, wo die Familien leben und die Kinder aufwachsen, die ihrer besonders bedürfen.“

'niemand helfen' kann. Wir haben tatsächlich handfeste Praktiken der Diskriminierung, also der Nichtaufnahme beziehungsweise der sehr späten Aufnahme in Kindertagesstätten gefunden. Hier scheint es nicht in erster Linie an den Eltern zu liegen, dass die Kinder erst mit fünf Jahren eine Kita besuchen können.

Wie kann ein chancengerechter Zugang gelingen? Was können Kommunen tun?

Infrastrukturdisparitäten, die Segregation von Familien und Kindern in unterschiedlichen Lebenslagen und mit unterschiedlichen Entwicklungsproblemen in den Städten, die Unterschiede in der Inanspruchnahme und mögliche Wirkungen kommunaler Angebote müssen transparent gemacht werden. Dazu hilft ein kommunales Bildungsmonitoring, in das aber nicht nur Bildungsdaten eingehen, wie bei der konventionellen Bildungsberichterstattung.

Der Zusammenhang von Einkommensarmut, Bildungsarmut, schlechter Gesundheit und Teilhabearmut entwickelt sich besonders in Stadtteilen mit hohen Einwandereranteilen, die vielfach durch städtebauliche Mängel und hohe Fluktuation der Bevölkerung geprägt sind. Damit sind die Zuständigkeiten ganz unterschiedlicher Ressorts der Verwaltung und die Arbeitsgebiete von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und auch von Unternehmen, etwa der Wohnungswirtschaft, angesprochen, die faktisch sowieso zusammenwirken und deshalb besser explizit zusammenarbeiten sollten.

Im Rahmen von 'Kein Kind zurücklassen!' entwickeln wir solche Formate eines kleinräumigen integrierten Monitorings, das präzise Diagnosen und passgenaue Standortentscheidungen, zum Beispiel über die Lage von Familienzentren, Brennpunkt-Kitas oder Beratungsangeboten oder die Öffnung von Schulen in den Stadtteil, ermöglicht.

Was sollte im Modellvorhaben unbedingt noch angestoßen werden?

Synergien. Es gibt eine Reihe von gut gemeinten Programmen in der kommunalen Bildungsförderung, Familienförderung, Wirt-

schaftsförderung, Städtebauförderung, die an unterschiedlichen Stationen im Lebenslauf etwas bewegen und zum Guten verändern wollen. Diese Programme werden von unterschiedlichen Ministerien in Bund und Land, mit und ohne Beteiligung von Stiftungen, mit eigenen Förderlogiken und Finanzierungsmodi implementiert. Eigentlich geht es aber dabei immer um die gleichen Menschen, ihre Lebensräume und Lebenschancen vor Ort.

Einige unserer Modellkommunen schaffen es, in flexibler Ausnutzung aller dadurch zusätzlich zu gewinnenden Ressourcen bei knappen Mitteln gute Politik zu machen, viele andere werden damit überfordert sein. Ich wünsche mir, dass wir es zumindest in den Modellkommunen hinbekommen, diese unterschiedlichen Förderprogramme vor Ort zu integrieren und zu kombinieren. Ich meine Programme wie 'Soziale Stadt', 'Stadtumbau-West', 'Lernen vor Ort' oder 'Neues Übergangssystem'. Sie in kooperativen Strukturen in einer Kommune zu implementieren, mit Blick auf die nachhaltige Verbesserung der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern in der Stadt und diese Integration der integrierten Handlungskonzepte wissenschaftlich zu begleiten und zu ermöglichen, dass alle Kommunen von diesen Erfahrungen profitieren können, daran müssen wir arbeiten. Dazu brauchen die Kommunen nicht nur gute Kooperationsstrukturen und Bürgermeister, die 'den Hut aufhaben', sondern auch Geld, das bei Wegfall der derzeitigen multiplen, aber vermutlich ineffizienten 'Projektitis' konzentriert und koordiniert ausgegeben werden könnte.

Bei Urie Bronfenbrenner, einem von mir verehrten amerikanischen Sozialpsychologen, der in den 1970er Jahren das amerikanische 'Head Start'-Programm evaluiert hat, also eine Art Vorläuferprogramm von 'Kein Kind zurücklassen!' in den USA, habe ich den Satz gelesen: 'Wenn Sie etwas verstehen wollen, müssen Sie versuchen, es zu verändern'. Es wäre schön, wenn die Kommunen, die dann Modellkommunen sind, in der nächsten Runde auch die Mittel hätten, um etwas zu verändern. Beim Verstehen könnten wir Wissenschaftler helfen, wenn man uns fragt.

„Im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ entwickeln wir Formate eines kleinräumigen integrierten Monitorings, das präzise Diagnosen und passgenaue Standortentscheidungen ermöglicht.“

„WIR TRAGEN EINZELNE MOSAIKSTEINE ZUSAMMEN“



Prognose der Wirkung präventiver Maßnahmen und damit die Nachhaltigkeit des Ansatzes. Ein gelungenes Aufwachen, von dem hier immer wieder gesprochen wird, ist nur eine notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Erwerbsleben. Wenn der Arbeitsmarkt aus wirtschaftsstrukturellen Gründen eine hohe Arbeitslosigkeit aufweist und damit nicht aufnahmefähig ist oder aufgrund hoher Zugänge bei vergleichsweise geringen Abgängen keine hinreichende Aufnahmefähigkeit aufweist, dann werden fachliche Qualifikationen sehr schnell entwertet. Mittel- und langfristig gehen aber auch soziale Kompetenzen verloren. Dies war in den vergangenen drei Jahrzehnten vor allem in den vom wirtschaftlichen Strukturwandel besonders stark betroffenen Regionen der Fall.

Gerhard Micosatt von der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH (FORA) verantwortet die fiskalische Evaluation im Modellvorhaben.

Herr Micosatt, was lässt sich aus Ihren bisherigen Analysen zu der These „Prävention spart Folgekosten“ sagen? Wo und in welcher Form sind Entlastungen im System zu erwarten?

Wir setzen derzeit unsere Wirkungsvermutungen in ein empirisches Analyseraster um. Bei unseren Annahmen können wir uns auf die fachliche Evaluation, aber auch auf Ergebnisse anderer Forschungen stützen, die zum Beispiel nachgewiesen haben, dass die frühe Förderung von sozial benachteiligten Kindern deutlich positiv auf deren späteres Erwerbsleben oder ihre Gesundheit wirkt. In diesem Zusammenhang ist die Stärkung der Eltern ganz zentral, denn die Überforderung der Eltern ist einer der Hauptgründe für spätere teure Hilfemaßnahmen, wie etwa die Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen. Wir tapen bei unseren Ansätzen also nicht in einem dunklen Raum herum, sondern tragen einzelne Mosaiksteine zusammen, die sich dann unseres Erachtens zu einem Bild zusammenfügen werden.

Problematisch ist allerdings die langfristige

Gegenwärtig ändert sich aber die Lage zumindest in Bezug auf die demografische Situation. Schon geht die Angst vor einem Facharbeitermangel um. Insofern verbessern sich die äußerlichen Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund dieser Perspektive sind die Wirkungen präventiven Handelns nicht nur theoretisch abzuleiten, sondern auch praktisch zu erwarten – insbesondere wenn es gelingt, Jugendliche sofort in Arbeit zu bringen. Damit werden die sozialen Transfersysteme entlastet und die Wertschöpfung der Wirtschaft befördert, was dann wieder höhere Steuereinnahmen erwarten lässt.

Die fiskalischen Wirkungen der Prävention können aber durch neu auftretende äußere Einflüsse wie die aktuelle Armutszunahme überlagert werden. Hier muss sehr genau beobachtet werden, um den Präventionseffekt herauszuarbeiten.

„Es muss sehr genau beobachtet werden, um den Präventionseffekt herauszuarbeiten.“

Lieferten Sie mit der fiskalischen Evaluation Argumente dafür, Hilfeleistungen zu kürzen? Wie begegnen Sie diesem Einwand mit der fiskalischen Evaluation?

Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass wir keine Maßnahmeevaluation machen. Deshalb können wir auch nichts zu einzelnen Hilfeleistungen sagen. Sofern die Hilfemaßnahmen auf gesetzlich definierten Leistungsansprüchen beruhen, ist ein Kürzen dieser Leistungen auch nicht ohne weiteres möglich. Allerdings ist darauf zu achten, dass diese Hilfeleistungen passgenau zugeschnitten werden, denn nur dann können sie wirken. Hier ist das Fallmanagement gefordert, das so steuern und kontrollieren muss, dass Misserfolge und Maßnahmenabbrüche auf ein Minimum reduziert werden. Denn gelingt das Durchbrechen einer Fehlentwicklung nicht, dann steigt die Wahrscheinlichkeit späterer Folgekosten deutlich an. Ferner müssen die Hilfeleistungen von den Maßnahmenträgern auch effizient erbracht werden. Dies erfordert ebenfalls ein aufmerksames Fallmanagement. Hier kann Sparen an der falschen Stelle später höhere Kosten verursachen. Die Frage ist nur, wer diese Kosten trägt oder andersherum, wer von einem guten Fallmanagement später profitiert.

Wenn über Kürzungen geredet wird, dann betrifft das vor allem die freiwilligen Leistungen. Dazu gehört vieles, was der Prävention zugerechnet werden kann. Unser System ist derzeit so eingestellt, dass erst ein individuelles Defizit nachgewiesen werden muss, damit ein Leistungsanspruch und staatliches Handeln einsetzt. Mit anderen Worten: Das Kind – hier im wahrsten Sinne des Wortes – muss erst in den Brunnen fallen, bevor gehandelt wird. Präventives Handeln ist in dieser Logik keine pflichtige Aufgabe. Die Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe steht zudem vor dem Problem, dass

der Nachweis ihrer Wirkung angesichts des sehr komplexen Wirkungsgefüges in einem strengen wissenschaftlichen Sinne kaum möglich ist und deshalb Kritiker immer wieder Ansatzpunkte finden, sie in Zweifel zu ziehen und Kürzungen zu fordern. Ein anderes Problem ist, dass die langfristig positiven Wirkungen nur begrenzt bei den Kommunen positive fiskalische Effekte erzielen. Sie profitieren in erster Linie, wenn sie durch Prävention teure Hilfsmaßnahmen der Jugendhilfe vermeiden.

Wieso sollten Kommunen ihre Anstrengungen fortsetzen, kommunale Präventionsketten auszubauen, wenn finanzielle Entlastungseffekte gar nicht bei Ihnen ankommen?

Es geht ja nicht nur um Wirkungen, die sich finanziell messen lassen. Zum Beispiel erhöht die Stabilisierung eines Stadtviertels die Lebensqualität vieler Bürger und beeinflusst das Image einer Stadt. Also gibt es neben der Möglichkeit, durch preiswerte Prävention spätere Kosten bei teuren Jugendhilfemaßnahmen einzusparen, auch andere Nutzen. Ferner verbietet sich die Option 'nichts zu tun' aufgrund unserer verfassungsrechtlichen Bestimmungen. Einerseits besteht der Verfassungsauftrag zum Schutz der Kinder und Jugendlichen in Artikel 6 Grundgesetz. Zudem haben die Kommunen nach Artikel 28 Grundgesetz auch das Recht 'alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln'. Wem Rechte gewährt werden, der muss dann aber auch die Pflichten einlösen. Da die Probleme jedoch nicht allein lokaler Natur sind, benötigen die Kommunen dabei Hilfe – besonders von denjenigen, die anschließend deutlicher als die Kommunen von den Erfolgen präventiven kommunalen Handelns profitieren.

„Gelingt das Durchbrechen einer Fehlentwicklung nicht, dann steigt die Wahrscheinlichkeit späterer Folgekosten deutlich an.“



**Ansprechpartner:
Karl Janssen**

Projektleiter „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, Bertelsmann Stiftung, 05241 81-81599, karl.janssen@bertelsmannstiftung.de



**Ansprechpartnerin:
Dr. Regina von Görtz**

Project Manager, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung, 05241 81-81593, regina.von.goertz@bertelsmannstiftung.de

BEISPIELE GUTER PRAXIS ENTLANG DER KOMMUNALEN PRÄVENTIONS- KETTE

2012 haben sich 18 Modellkommunen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam auf den Weg gemacht, um ihre Präventionsketten auf- und auszubauen. Das Ziel: Alle Kinder und Jugendlichen sollen – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Chancen auf gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe erhalten. In vielen guten Projekten bringen sich Eltern, Fachkräfte und andere Engagierte ein. Sie zeigen, dass Vorbeugung funktioniert.



RUND UM SCHWANGER- SCHAFT UND GEBURT

Das erste Glied der kommunalen Präventionskette greift schon vor der Geburt. Alle Eltern sollen erreicht werden. Aufsuchende Elternarbeit macht dies auch in schwer erreichbaren Milieus möglich. Daneben ist es wichtig, mögliche Risiken in der Kindesentwicklung frühzeitig zu erkennen. Deswegen sollen werdende Eltern auf ihre neue Rolle gut vorbereitet und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Täglich bauen Fachkräfte Brücken des Vertrauens, damit alle Eltern Zugang zu Hilfsangeboten erhalten.

KLEINE ELFEN FÜR JUNGE FAMILIEN

Die Stadt Moers arbeitet daran, einen besseren Zugang zu werdenden und jungen Eltern zu bekommen. Dazu zählt auch ein frühzeitiges Erkennen von möglichen Belastungsfaktoren. Mit Hilfe eines Screeningverfahrens für Neugeborene, das im Rahmen von Kinder ZUKUNFT NRW durchgeführt wird, kann schnell und unkompliziert festgestellt werden, ob es bei den Familien Unterstützungsbedarf gibt. Ein großes lokales Netzwerk steht bereit und bietet passgenaue und individuelle Hilfe an. Ein Ortsbesuch.



An der Wand hängen Karten, auf denen „Vielen Dank“ oder „Wir sind dann mal weg“ steht. Daneben zwei große Bilder von schwangeren Frauen. „Wir hatten hier mal ein professionelles Shooting“, erzählt Sabine Kühnel, als sie gerade von ihrem Rundgang über die Station zurückkommt. Warme Farben, viel Licht und Babygesichter, wohin man schaut. Den Arbeitsplatz der erfahrenen Kinderkrankenschwester könnte man eher für ein Zimmer in einem Atelier halten als für das, was es tatsächlich ist: ein Büro im Bethanien-Krankenhaus in Moers.

Neben Bethanien wird das Screeningverfahren auch im Krankenhaus St. Josef angeboten. Hinter dem technischen Begriff verbirgt sich ein kostenloses Präventionsangebot. „Wir gehen auf die Mütter zu und schauen anhand eines

Fragebogens, ob es Belastungsfaktoren gibt, die ein gelingendes und gesundes Aufwachsen beeinträchtigen können“, erklärt Kühnel. „Dazu können Stress, Überforderungen oder andere persönliche Probleme zählen.“ Sie koordiniert die aufsuchende Elternarbeit auf der zweiten Etage des Krankenhauses Bethanien. Von den Müttern wird das Angebot als natürlicher Bestandteil des Klinikalltags wahrgenommen.

Positive Erfahrungen macht auch Martina Rensen-Michaelis. Sie ist Koordinatorin in der Geburtsklinik St. Josef. „Beim Screeningverfahren geht es häufig um sensible Themen. Dabei ist der Datenschutz natürlich unheimlich wichtig“, sagt sie. Gerade geht Rensen-Michaelis über den langen Krankenhausflur zu einer jungen Mutter, die vor drei Tagen einen Sohn zur

MOERS

104.009
EINWOHNER,
15.940 UNTER
18 JAHREN

Welt gebracht hat. „Nach der Einwilligung der Familien wird der Name im Computersystem automatisch in eine Fallnummer umgewandelt. Eine Rückverfolgung ist nicht möglich.“ Zusammen mit dem Chefarzt oder einer Vertretung werde im Anschluss jeder Fall durch ein Vier-Augen-Prinzip überprüft. Wird Unterstützungsbedarf festgestellt, arbeitet eine große Zahl an Einrichtungen zusammen. Ob Kinder- und Jugendklinik, Gesundheits- und Jugendamt, freie Träger der Jugendhilfe, Kinder-, Jugend- oder auch Frauenärzte: Durch dieses Kooperationsnetz soll sichergestellt werden, dass die Familien passgenaue Hilfe erfahren. Sabine Kühnel und Martina Rensen-Michaelis sind für Familien die Lotsinnen, die geeignete Hilfen vermitteln.

Und wie erfolgreich ist das Angebot? „Über 95 Prozent der Familien nehmen in Bethanien am Screening teil“, erklärt Sabine Kühnel stolz.



Fünf bis sieben Prozent von ihnen benötigten tatsächlich Unterstützung. „Das bedeutet aber nicht, dass der Rest vom Screening gar nicht profitiert. Sie kennen jetzt einen Ansprechpartner, falls einmal Probleme auftreten sollten.“ Frühestens vier Wochen und spätestens 12 Wochen nach der Geburt wird mit einem Nachverfolgungsbogen die Entwicklung des Kindes und der Familie festgehalten.

Ortswechsel. Stephan Caniels arbeitet für die Stadt Moers. Von seinem Rathaus-Büro im zweiten Stock koordiniert er stadtweit die Frühen Hilfen. Er weiß, welche Umstände dazu führen, dass junge Familien auf Unterstützung angewiesen sind: „Geldsorgen stehen oft an erster Stelle.“ Hierbei kann häufig Hilfe von öffentlichen Institutionen vermittelt werden.

„Oft spielen aber auch sozial-familiäre Probleme oder Beziehungsprobleme eine Rolle.“ Bei letzteren werden entsprechende Beratungsstellen miteinbezogen. Unterstützung wird auch benötigt, wenn ein Kind mit einer Behinderung oder einer anderen körperlichen Einschränkung geboren wird.

„Wir kommen in solchen Situationen als kleine Elfen“, erklärt Sabine Kühnel aus Bethanien und schmunzelt. „Wir kontrollieren hier niemanden.“ Ein wichtiger Punkt sei die Freiwilligkeit des Angebots. Auch könnten die Patientinnen selbst bestimmen, mit welchem Fachpersonal und mit welchen Institutionen über die eigene Situation gesprochen werden darf. Genau das ist ein wichtiger Punkt des Angebots: Martina Rensen-Michaelis bringt es auf folgende Formel: „Die Familien behalten die volle Kontrolle.“ Auch später könnten sie die Einverständniserklärung noch zurückziehen. Die Expertinnen in den Geburtskliniken haben auch dann noch ein offenes Ohr, wenn die Mütter mit ihren Kindern schon längst das Krankenhaus verlassen haben.

Parallelstrukturen werden vermieden und Ressourcen geschont. Es steht nur eine Person in direktem Kontakt zur Familie. Früher war das anders: Da kümmerten sich mehrere Ansprechpartner um eine Patientin und arbeiteten parallel. In Bethanien macht Kinderkrankenschwester Sabine Kühnel die Schublade ihres Schreibtisches auf und zieht einen Stapel Flyer hervor. „Früher bin ich mit fünf Info-Blättern zu den Müttern gegangen. Heute nehme ich nur noch einen mit. Wir sind die zentrale Anlaufstelle“, so Kühnel. Natürlich habe es bei den Kolleginnen und Kollegen im Haus zunächst Bedenken gegeben, ob das Screeningverfahren nicht eine Mehrbelastung aller Beteiligten sei. Doch es stellte sich schnell heraus, dass diese Sorgen unbegründet sind. „Die neue Organisation hat einen unheimlich entlastenden Effekt für alle Beteiligten.“

In Moers werden die Strukturen weiter auf- und ausgebaut. Auch für die Neugeborenen aus den umliegenden Städten, die in Moers geboren werden, soll das Hilfeangebot gelten, damit möglichst alle Kinder davon profitieren können. Für die Koordinatorinnen aus den zwei Kliniken ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Völlig ohne Pathos sagen sie: „Wir wollen dafür sorgen, dass alle Kinder eine gute Zukunft haben.“

Das Screeningverfahren für Neugeborene ist ein großer Erfolg: Allein im Krankenhaus Bethanien nehmen über 95 Prozent der Familien teil.



UNGEZWUNGENE ATMOSPHÄRE ÜBERZEUGT

Der Kreis Warendorf hat unter dem Motto „Schutz, Förderung und Bildung vom Baby bis zum Azubi“ eine Präventionskette aufgebaut, die sich am Lebensalter der Kinder und Jugendlichen orientiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Weiterentwicklung der Netzwerke „Frühe Hilfen und Schutz“. Das Angebot „Café Kinderwagen“ ist ein Baustein dieses präventiven Gesamtkonzeptes und bietet Eltern wichtige Hilfe in entspannter Atmosphäre.

Die Cafés werden von den jungen Familien sehr gut angenommen, wöchentlich schauen an allen Standorten bis zu 400 Eltern und Kinder vorbei. Ein Evaluationsergebnis ist besonders positiv: Es werden auch solche Eltern erreicht, die keine anderen Angebote nutzen. Die Eltern fühlen sich im Café Kinderwagen gut aufgehoben und erleben eine schöne Zeit mit ihrem Nachwuchs. „Ein Erfolgskriterium für die hohe Inanspruchnahme ist die Art der Umsetzung des Angebotes“, erklärt Daniel Bögge, Sachgebietsleiter Soziale Prävention und Frühe Hilfen des Kreises Warendorf: „Die Eltern treffen sich zwanglos und unverbindlich in gemütlicher Atmosphäre.“

Besonderen Zuspruch findet eine Wiegekarte, die die Eltern bei ihrem ersten Besuch im Café erhalten. „Darauf können die jungen Mütter und Väter wöchentlich das Gewicht ihrer Kinder notieren und so feststellen, ob der Nachwuchs genug zunimmt – die Wiegekarte ist einfach ein schöner Einstieg in ein Gespräch über kindliche Bedürfnisse“, so Bögge. An der Waage ist die Hebamme mit dabei und gibt hilfreiche Tipps zur kindlichen Entwicklung. Auch das Wohlergehen der Eltern liegt ihr sehr am Herzen. „Denn“, führt Bögge weiter aus, „wenn es Eltern nicht gut geht, sind Auswirkungen auf die Kinder nicht auszuschließen.“

Bei Bedarf geben die Hebamme oder die pädagogische Fachkraft Tipps zur Säuglings- und Kleinkinderpflege, zur kindlichen Entwicklung und allen anderen Themen, die die jungen Mütter

beschäftigen. Durch die persönliche Ansprache der jungen Familien werde das Leitziel des „Café Kinderwagens“ erreicht, erklärt Sachgebietsleiter Daniel Bögge. „Eltern werden in ihrer Erziehungs-, Beziehungs- und Versorgungskompetenz gestärkt. Das hat direkt positive Auswirkungen auf den Kontakt mit ihren Säuglingen und Kleinkindern.“

Seit 2012 gehört das Konzept „Café Kinderwagen“ zum Regelangebot des Kreisjugendamtes Warendorf. Die offenen Treffs finden einmal in der Woche in öffentlichen Räumen, wie einem Jugendzentrum oder einer Schule, statt. Die Eltern haben die Möglichkeit, neben der Hebamme und der pädagogischen Fachkraft viele weitere Beratungsstellen und Dienste kennen zu lernen – denn deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen schauen auch regelmäßig im Café vorbei.

„Café Kinderwagen“ wird vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf initiiert. Es versteht sich als ein Produkt der trägerübergreifend besetzten und regional organisierten Netzwerke „Frühe Hilfen und Schutz“. Unter anderem sind hier Kinderärzte, Schulen sowie das Gesundheits- und Jugendamt als Netzwerkpartner eingebunden. Die regionalen Netzwerke ermöglichen einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu Hilfen und Unterstützungsangeboten. Die Cafés werden im jeweiligen Sozialraum von der Arbeitsgruppe „unter Dreijährige“ (U3 AG) der lokalen Netzwerke Frühe Hilfen und Schutz begleitet.

KREIS
WARENDORF

273.477
EINWOHNER,
52.250 UNTER
18 JAHREN

Bis zu 400
Eltern und Kinder
schauen
wöchentlich an
allen Standorten
des „Café Kinder-
wagen“ vorbei.

EINDRÜCKE UND ERFAHRUNGEN DER ELTERN

93 % hilft der Besuch im Café Kinderwagen weiter

85 % haben eine schöne Zeit mit ihrem Kind

30 % kommen durch Tipps besser mit ihren Kindern klar

23 % bekommen mehr Sicherheit im Umgang mit ihrem Kind

20 % haben Hilfe bekommen, als sie nicht mehr weiter wussten

Quelle: Kreis Warendorf



DAS IST BESONDERS GUT

- Niederschwelliges, offenes Regelangebot für alle werdenden Eltern und jungen Familien mit Kleinkindern
- Verankerung im Netzwerk „Frühe Hilfen und Schutz“
- Teilnahme aller gesellschaftlichen Gruppen
- Schneller, unkomplizierter und personalisierter Zugang zu Hilfen und Unterstützungsangeboten
- Lockere Gesprächsatmosphäre
- Steigerung der Handlungssicherheit der Eltern im Umgang mit dem Kind



„DYNAMISCHES KONZEPT FÜR ELTERN UND KINDER“

In Oberhausen liegt ein Schwerpunkt der Präventionsarbeit auf der Optimierung von passgenauen Angeboten. Um die Interaktion von Eltern und Kindern zu fördern, gibt es mit „achtung – Kinder von Anfang an begleiten“ ein leicht verständliches und spielerisches Konzept, das die Beziehung zwischen Eltern und Kindern stärkt. Andreas Stahl, Leiter des Büros für Chancengleichheit, spricht im Interview über den niederschweligen Ansatz von „achtung“, die Umsetzung im Stadtgebiet und die Erfolge des Programms.



Herr Stahl, welche besonderen Chancen verbinden sich mit der Teilnahme an „achtung“?

In der frühen Kindheit werden nahezu alle Erfahrungen, die Säuglinge und Kleinkinder machen, von ihren Eltern vermittelt und gesteuert. Wenn wir Kinder in ihrer Entwicklung fördern wollen, sollten wir uns daher um eine gelingende alltägliche Eltern-Kind-Interaktion bemühen. Eltern werden durch 'achtung'

ermutigt, ihre eigenen Fähigkeiten zu erleben und selbst aktiv zu werden. Sie merken, was sie als Eltern gut können. Das bestärkt auch, neue Dinge auszuprobieren. Die Kinder geben dabei eine direkte Rückmeldung. Wichtig ist für uns, die Situation der Eltern feinfühlig zu betrachten und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen. Es geht bei 'achtung' nicht darum, das richtige Verhalten auswendig zu lernen und abzuspielen. Wir

wollen Anregungen geben, wie Eltern dem eigenen Kind begegnen können und eine Bereitschaft entwickeln, Situationen bewusster zu gestalten. Manche Eltern sehen und verstehen die Bedürfnisse ihrer Kinder nicht – oft weil sie selbst keine positiven Bindungserfahrungen gemacht haben und ihnen die Vorbilder fehlen. Gleichzeitig wollen alle Eltern das Beste für ihr Kind. Das ist eine riesige Ressource!

OBERHAUSEN

210.216
EINWOHNER,
32.990 UNTER
18 JAHREN

Buchtipps

achtung

KINDER VON ANFANG AN BEGLEITEN

Hier finden Sie Buchtipps zu einigen Aktionskarten. Die mit * gekennzeichneten Bücher können in der Stadtbücherei im Bert-Brecht-Haus oder den Außenstellen in den Stadtteilen ausleihen. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Homepage der Bücherei unter www.bibliothek.oberhausen.de.

Kategorie "sich näher kommen"

1.15: Reime und Lieder

- Kinderlieder aus der guten alten Zeit mit CD und Noten (ISBN 9783897365742)
- 55 Lieblingslieder für Krabbelkinder (ISBN 9783769816648) *
- Taler, Taler, du musst wandern (ISBN 9783480221431) *

Kategorie "miteinander spielen"

2.2: Einkaufen

- Bodo Bär kauft ein, Bieber, Hartmut (ISBN 9783649603597)
- Jan und Julia kaufen ein, Rettich, Margret (ISBN 9783789157011) *
- Wer geht mit zum Einkaufen? (ISBN 9783788619060) *

2.7: Welches Tier ist es?

- Eric Carles Tier-ABC, Carle, Eric (ISBN 978-3-8369-4281-2) *
- Kennst du das? Die Tiere, Duden (ISBN 9783411809394)
- Mein erstes Tierbuch, Neubacher-Fessler, Monika (ISBN 9783473309597) *

2.10: Puppen

- Er kam mit der Couch, Slonim, David (ISBN 9783833904820)
- Mutig, mutig!, Pauli, Lorenz (ISBN 9783715205182)
- Die mutige Marta, Grossmann-Hensel, Katharina (ISBN 9783219114379) *

Kategorie "Selbstbewusstsein stärken"

3.3: "Ich bin..."

- Das große Buch vom kleinen Raben Socke, Most, Nele / Rudolf

Kategorie "miteinander rufen"

4.1: Bewegungsreime

- Dreh dich kleiner Kreisel - Erste Bewegungslieder und Fingerspiele (ISBN 9783794176267)
- Husch, husch, husch - Fingerspiele für die Kleinsten, Köpcke, Ingrid (ISBN 9783794176267)
- Trippel Trappel Mäuschen: Kitzelspiele für die Kleinsten, Köpcke, Ingrid (ISBN 9783789170942)

4.6: Den eigenen Körper kennen lernen

- Lieder, Reime, Fingerspiele, Scharf-Kniemeyer, Maren (ISBN 9783794176267)
- Das ist der Daumen, Probst, Petra (ISBN 9783473309597)
- Krabbelfinger aufgepasst, Holland, Carola (ISBN 9783473309597)
- Kunterbunte Fingerspiele - Fantastisch viele Spielformen, Hering, Wolfgang (ISBN 9783936286984) *



„Alle Eltern wollen das Beste für ihr Kind. Das ist eine riesige Ressource!“

Wie setzen Sie das Programm in der Stadt um?

Über bereits bestehende Kontakte zu vertrauensvollen Bezugspersonen, wie Hebammen oder Familienbegleitungen, wird das Programm den Familien vorgestellt und eine Teilnahme vorgeschlagen. Dadurch ist es für viele Familien einfacher, sich darauf einzulassen. Oft werden schon hier Fragen gestellt oder Unterstützungsbedarfe benannt. Die Umsetzung der

samten Angebotslaufzeit von etwa einem halben Jahr werden die Eltern-Kind-Interaktion, die kindliche Entwicklung und das weitere Verhalten der begleitenden Personen von den Fachkräften beobachtet und dokumentiert. In Entwicklungsgesprächen informieren die Fachkräfte die Eltern über ihre Beobachtungen und geben ihnen konkrete Hinweise. Bei Bedarf leiten sie die Eltern an andere Unterstützungsangebote weiter.

Wie holen Sie Familien ab, die das Angebot noch nicht kennen?

Das Schöne an 'achtung' ist, dass sich die Familien selbst abholen. Natürlich versuchen wir, sie auf unsere Angebote aufmerksam zu machen und ihnen Anregungen zu geben, wie sie bestimmte familiäre Situationen gestalten können, aber die Erfolge geschehen durch ihr eigenes Tun. Genau das ist der Grund, warum es bei den Familien so gut ankommt. Sie müssen nicht auswendig lernen, wie sie sich richtig verhalten. 'achtung' ist verständlich konzipiert und setzt im eigenen Lebensalltag an. Die beispielhaften Situationen können ohne Aufwand zuhause wieder aufgegriffen, erweitert oder verändert werden. Es ist ein dynamisches Konzept, bei dem Familien erleben, dass ihre Kinder auf die gemeinsamen Aktivitäten reagieren. Dadurch haben Eltern und Kinder gemeinsam Spaß. Und das ist die größte Motivation weiterzumachen.

Sie haben auch ein kleines Buch gestaltet...

Genau. Um auf 'achtung' aufmerksam zu machen, haben wir ein kleines Buch mit einer Geschichte entwickelt. Es tritt im Layout von 'achtung' auf. In der Geschichte geht es darum, wie ein einfacher Spaziergang zum Abenteuer werden kann. Diese Bücher können mit den Kindern gemeinsam gelesen werden und regen vielleicht zum Nachmachen an. Gleichzeitig setzen wir auf den persönlichen Kontakt und die individuelle Ansprache der Familien. Das ist eine Form der Wertschätzung, die bei den Familien ankommt.



Begleitung kann dann in einem Gruppen- oder Einzelangebot erfolgen. Hier werden unter pädagogischer Begleitung einzelne Themen besprochen und passende spielerische Aktionen angeboten. Der Fokus liegt darauf, dass Eltern und Kind die Situation gemeinsam gestalten. Während der ge-



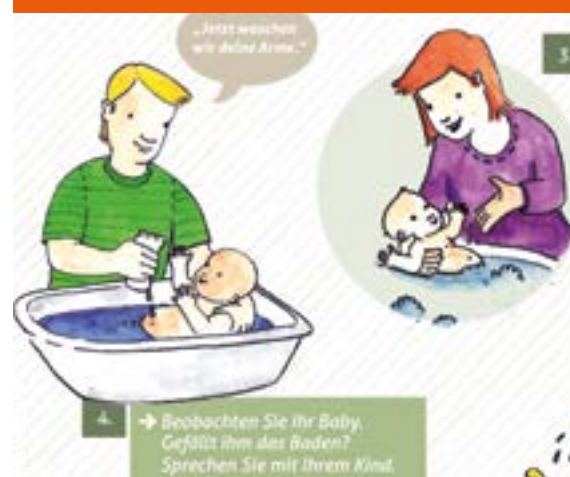
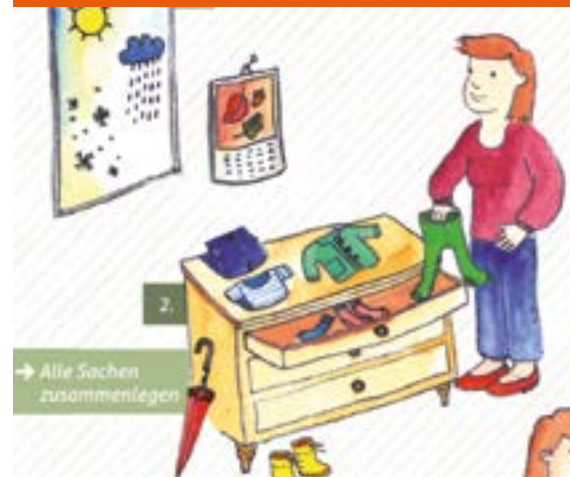
Welche Wirkung hat „achtung“ bei den Familien?

Viele Fachkräfte bestätigen uns, dass das Angebot nachweislich zu einer Verbesserung der Eltern-Kind-Beziehung führt. An einer wissenschaftlichen Evaluation arbeiten wir gerade.

Welche Rolle spielt dabei das Büro für Chancengleichheit?

Das Büro für Chancengleichheit ist Initiator und verantwortlich für 'achtung'. Es ist aber ein Kooperationsangebot, das von vielen Institutionen und Trägern gemeinschaftlich getragen wird. Das macht auch den Erfolg aus. Die beteiligten Akteure finden sich in der Idee und in der konkreten Umsetzung wieder. Sie tragen aktiv ihren Teil zur Weiterentwicklung des Konzeptes bei. Die Individualität bei den Einsatzmöglichkeiten und der thematischen Schwerpunktsetzung schätzen die Fachkräfte sehr. Sie bekommen mit 'achtung' hilfreiche Möglichkeiten an die Hand, die sie sofort im beruflichen Alltag einsetzen können. Familien und ihre Bedarfe sind vielfältig und unterschiedlich. Unterstützungsangebote müssen daher genauso flexibel sein.

Bunt gestaltete Karten geben Eltern wichtige Informationen und praktische Handlungsanweisungen zu den Themen „Sich näher kommen“, „Miteinander spielen“, „Selbstbewusstsein stärken“, „Miteinander reden“, „Gefühle entwickeln sich“ und „Gemeinsam erleben“.



GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE SICHERSTELLEN

Die Stadt Duisburg arbeitet im Rahmen der Präventionskette daran, eine niederschwellige Gesundheits- und Ernährungsberatung aufzubauen. Mit einer Impfaktion für Kinder und Jugendliche ohne Krankenversicherung sowie dem kostenlosen Angebot ärztlicher Sprechstunden will die Kommune sich um Personen kümmern, die sich sonst keine medizinische Regelversorgung leisten können.

Normalerweise deckt die Krankenversicherung die finanziellen Kosten einer Behandlung für die Versicherten ab. Doch was, wenn jemand nicht krankenversichert ist? Die Stadt Duisburg unterstützt Minderjährige ohne Versicherungsschutz mit einer kostenlosen Basisgesundheitsversorgung. „Wir wollen dafür sorgen, dass auch die Kinder und Jugendlichen gesund aufwachsen können, die aus unterschiedlichsten Gründen keine Krankenversicherung haben“, erklärt Ralf Menrad, Gesundheitsberichterstatte der Stadt Duisburg.

Besonders im Fokus stehen Kinder und Jugendliche aus Südost-Europa. Über 90 Prozent von ihnen hatten in der Schuleingangsuntersuchung in den Jahren 2007 bis 2013 einen ungeklärten Impfstatus. Daraufhin führte das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit mehreren Beratungsstellen freier Träger im Stadtteil Hochfeld eine Impfaktion für Kinder und Jugendliche ohne geklärten Versicherungsschutz durch. Geimpft wurde gegen Masern, Mumps, Röteln, Tetanus, Diphtherie, Keuchhusten und Polio.

Doch den Zugang zur Zielgruppe zu finden, war nicht ganz leicht. Denn, so Menrad, gerade beim Thema „Gesundheit“ spiele Vertrauen eine große Rolle und einige der zugewanderten Menschen hegten aufgrund negativer Erfahrungen mit staatlichen Stellen im Heimatland eine Grundskepsis bei Angeboten städtischer Behörden. Die Impfaktion wurde

deshalb bewusst nicht im Gesundheitsamt, sondern in Zusammenarbeit mit den ansässigen Beratungsstellen vor Ort umgesetzt. Begleitet von Fachkräften, die in der jeweiligen Muttersprache über die Impfaktion aufgeklärt haben, konnten viele Vorbehalte aus dem Weg geräumt werden. Auch Flyer, die in verschiedene Sprachen übersetzt worden sind, informierten über den Ablauf der Impfaktion. Insgesamt wurden knapp 300 Kinder und Jugendliche geimpft. Ralf Menrad ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden: „Impfungen sind eine wichtige Präventivmaßnahme, da sie ernstzunehmende Infektionskrankheiten verhindern können. Sie dienen dem Schutz jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen sowie auch der Allgemeinbevölkerung. Hier haben wir einen ersten großen und richtigen Schritt gemacht.“

Die Gesundheit von Migrantinnen und Migranten ohne Versicherungsschutz soll aber nicht nur punktuell sichergestellt werden. Derzeit baut die Verwaltung zusammen mit Kooperationspartnern ein sogenanntes „GesundheitsNetz“ auf, das sich zunächst auf den Stadtteil Hochfeld konzentriert. „Wir möchten mit den gewonnenen Erfahrungen aus der Impfaktion nun einen Schritt weitergehen“, erläutert Ralf Menrad. Eine Projektgruppe aus kommunalen Vertretern, Kinderärzten, Wohlfahrtsverbänden und Krankenkassen hat ein Konzept entwickelt, mit dem Migrantinnen und Migranten eine medizinische Basisversorgung in Anspruch nehmen können, wenn sie selbst nicht versichert sind.

DUISBURG

488.468
EINWOHNER,
81.130 UNTER
18 JAHREN



Die Stadtverwaltung setzt genau hier an: Das „GesundheitsNetz“ soll die Nichtversicherten auffangen und unkompliziert Unterstützung bieten. Seit Juli 2014 stellt eine medizinische Sprechstunde vor Ort die Grundversorgung zunächst alle 14 Tage sicher. Sie wird durch ehrenamtlich tätige Ärztinnen und Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen möglich. Besteht bei Kindern und Jugendlichen weiterer Bedarf medizinischer Versorgung, kann auf ein Netzwerk an Heilberufen zurückgegriffen werden, die ihre Leistungen unentgeltlich zur Verfügung stellen („MediNetz“). Ergänzt wird ihre Arbeit durch Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren, die vom Gesundheitsamt in allen wesentlichen Gesundheitsthemen geschult worden sind. Dadurch können sie eine qualifizierte Beratung in der Muttersprache der Zugewanderten anbieten. Eine Koordinierungsstelle sorgt für das reibungslose

Zusammenwirken aller Helferinnen und Helfer. Langfristig soll auch ein Fonds zur gesundheitlichen Basisversorgung angelegt werden, der Geld- und Sachspenden verwaltet.

„Unsere Pläne sind ein erster Lösungsansatz für eine scheinbar unlösbare Herausforderung“, erklärt Ralf Menrad. „Wir versprechen uns für die Neu-Duisburger einen positiven Effekt, gerade auch für eine gelingende Integration“ Ein Anfang ist gemacht: Zwei Ärztinnen konnte die Stadt schon für das Projekt gewinnen. Auch die AWO unterstützt das „GesundheitsNetz“, indem sie Räumlichkeiten für die Sprechstunde und Dolmetscher zur Verfügung stellt. „Langfristig wollen wir auch im Duisburger Norden aktiv werden“, so Ralf Menrad. „Wir gehen einen Schritt nach dem anderen. Und wir wissen: die Richtung stimmt.“

Die medizinische Grundversorgung für Nicht-Versicherte wird durch ehrenamtliche Ärztinnen und Ärzte möglich. Seit Juli 2014 gibt es eine regelmäßige Sprechstunde.



Auch Mariel Kaspar, Stadtteilkoordinatin der Frühen Hilfen in Gievenbeck, nutzt für ihre Arbeit die neue Datenbank.

Frühe Hilfen
in Gievenbeck

FAMILIEN STÄRKEN – ONLINE

Eine Datenbank, die einen Überblick über alle Präventionsangebote in Münster verschafft: Das war die Forderung vieler Fachkräfte auf der münsterschen Präventionskonferenz im März 2012. Diesen Wunsch hat die Stadt Münster nun erfüllt. Seit dem Sommer 2014 gibt es eine Präventionsdatenbank im Internet.



„Auf den Anfang kommt es an – und das in jeder Lebensphase!“ So wird der User auf der Datenbank „Präventive Angebote in Münster“ begrüßt. Die Datenbank listet – unter Kategorien, wie Sucht- und Drogenhilfe oder Jugendsozialarbeit – vorbeugende Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien auf, die auf eine frühzeitige und nachhaltige Unterstützung, Begleitung und Förderung setzen.

Die Datenbank soll für höhere Transparenz und Information sorgen, das Wissen und den Wissenstransfer steigern, zu mehr Effektivität bei der Angebotsvermittlung sorgen, den Zugriff auf die Angebote und Maßnahmen erleichtern und eine bessere Vernetzung zwischen den Anbietern ermöglichen.

In der vorrangig für Fachkräfte konzipierten Datenbank werden präventive Schwerpunktmaßnahmen aus den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Gesundheit und Soziales zunächst für die Lebensphase Schwangerschaft bis zum 8. Lebensjahr dargestellt. Alle Bürgerinnen und Bürger haben eine Zugriffsmöglichkeit und können

sich über die münstersche Angebotslandschaft informieren.

„Wir gehen davon aus, dass die Fachkräfte vor Ort in den Stadtteilen der Stadt Münster zahlreichen Gebrauch von diesem Instrument machen werden“, sagt Anna Pohl, Leiterin des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster.

Durch die Datenbank haben die Fachkräfte die Möglichkeit, schnell und unkompliziert Angebote und Maßnahmen zu finden und zu vermitteln. In regelmäßigen Abständen wird die Datenbank durch das Jugendamt aktualisiert und ergänzt. Die Datenbank soll – analog der Lebensphasen von Kindern und Jugendlichen – schrittweise bis zum 21. Lebensjahr erweitert werden.

Somit ist flächendeckend die Angebotsinfrastruktur aktuell abrufbar – für alle Fachkräfte aus allen Ressorts in Münster, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien zusammenarbeiten“, sagt Pohl. Sie hofft auch, dass sich dort alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über Angebote informieren und Ansprechpersonen finden.

Die Bereitstellung der Datenbank trägt laut Jugendamt zur Optimierung der Beratungsleistungen der Fachkräfte bei und unterstützt die ressortübergreifenden Kooperationen in Münster nachhaltig. „Dadurch erhalten Familien, Kinder und Jugendliche direkt optimale und passgenaue Unterstützung und Begleitung“, so das Fazit von Anna Pohl.

Die Nutzung der Datenbank und die Erfolgsquote bei der Angebotsvermittlung werden zurzeit evaluiert.

MÜNSTER

289.576
EINWOHNER,
43.430 UNTER
18 JAHREN

Die umfangreiche Präventionsdatenbank im Netz:
www.stadt-muenster.de/jugendamt/praeventive-angebote.





RUND UM DIE KITA

In der kommunalen Präventionskette übernehmen Eltern, Kitas und Schulen gemeinsam Verantwortung für eine kontinuierliche Förderung des Kindes. Kitas und Familienzentren bieten niedrigschwellige Angebote für Kinder und Eltern. Sie unterstützen durch wertschätzende und professionelle Beratung in Erziehungsfragen. Bei Bedarf vermitteln sie auch Zugänge zu spezialisierten Hilfesystemen. Der Wechsel von der Kita in die Grundschule wird den Kindern leicht gemacht, weil er nicht abrupt erfolgt, sondern zum Beispiel durch Schnuppertage oder Patenmodelle als ein zeitlicher Übergangskorridor gestaltet wird.

„TOLLE ENTWICKLUNG DER KINDER“

Das Netzwerk „INFamilie“ setzt in der Dortmunder Nordstadt wichtige Akzente in der Präventionsarbeit. Besondere Schwerpunkte sind eine ganzheitliche Sprachbildung und die Förderung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte. Hier setzt das Konzept der Kinderstuben an. Es bereitet Kinder auf den Kindergarten vor. In der Nordstadt werden die Kinderstuben vom Eigenbetrieb Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund (FABIDO) und der AWO betrieben. Silvia Jung arbeitet als Tagesmutter in der AWO-Kinderstube „Sonnenzwerge“. Ein Gespräch über Vorteile des Konzepts, ganz konkrete Erfolgserlebnisse und wieso die Kinderstuben auf jede Kommune übertragbar sind.

Frau Jung, was macht die Kinderstuben für Familien so interessant?

Wir arbeiten gemeinsam in einer kleinen Gruppe. Zu uns kommen maximal neun Kinder, um die wir drei Tagesmütter uns kümmern. Das ermöglicht eine persönliche Bindung und stellt eine individuelle Förderung sicher. Wir bieten ein abwechslungsreiches Tagesprogramm für die Kleinen, halten aber gleichzeitig auch engen Kontakt zu den Eltern. Regelmäßig organisieren wir mit ihnen ein Elterncafé, sprechen über Erziehungs- und Gesundheitsfragen oder machen themenbezogene Ausflüge. Unsere Räumlichkeiten befinden sich direkt im Quartier. Die extra eingerichteten Wohnungen, Büros oder Ladenlokale sind wohnortnah.

Wie vernetzen Sie sich mit Kooperationspartnern im Viertel?

Wir arbeiten mit zahlreichen lokalen Partnern im Viertel zusammen. Alle sind genauso wohnortnah wie wir. Deshalb kennen wir uns sehr gut und können im Netzwerk 'INFamilie' nach Bedarf kooperieren. Und sei es nur, weil wir mit den Kindern und Eltern zur Vorsorgeuntersuchung zum Arzt gehen. Zudem ist unsere AWO-Koordinatorin in verschiedenen AGs von

'INFamilie' beteiligt. Sie kann unsere Anregungen an die Netzwerkpartner weitergeben oder uns Neuigkeiten aus den anderen Einrichtungen mitbringen. Es ist gut zu wissen, dass es dieses Kooperationsnetzwerk gibt. Wir halten für jedes Kind in einer Dokumentationsmappe die persönliche Entwicklung fest. Wenn dann der Übergang in die Kita ansteht, besprechen wir jedes einzelne Kind ausführlich mit den Kita-Fachkräften.

Inwieweit sind Sie ein ergänzendes Angebot zu regulären Kindertageseinrichtungen?

Im Sinne von „Kein Kind zurücklassen!“ ist unser Angebot eine Vorstufe der Kindertageseinrichtungen. Unsere Kinder kommen entweder demnächst in den Kindergarten oder warten noch auf einen Platz. Mit Sprachförderangeboten nutzen wir die Zeit, um sie auf den Kindergarten vorzubereiten. Denn nur wenn sie die deutsche Sprache beherrschen, haben sie gute Entwicklungschancen und können sich individuell entfalten. Außerdem gibt es ja auch Kinder, die sich nur in kleinen Gruppen entwickeln können. Für Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen bietet die Kinderstube zusätzlich einen strukturierten Tagesablauf.

DORTMUND

571.143
EINWOHNER,
89.680 UNTER
18 JAHREN



An welchen Qualitätskriterien orientieren Sie sich in ihrer Arbeit?

Die Grundlage der Kinderstuben bietet ein gemeinsam entwickeltes Konzept, das von FA-BIDO und der AWO umgesetzt wird. Formal sind die Kinderstuben Großtagespflegestellen. Das bedeutet, dass in jedem Team eine pädagogisch vorgebildete Fachkraft eingesetzt wird. Bei uns ist das eine Kinderpflegerin. Eine Sozialpädagogin koordiniert und berät die Kinderstuben. Zentrale Themen im Alltag sind Sprachförderung, Bewegung und gesunde Ernährung. Das Frühstück wird beispielsweise über das AWO Programm ‚Tischlein deck dich‘ finanziert.

Stichwort Finanzierung: Wer trägt das Angebot finanziell?

Für die Betreuung der Kinder bezahlt uns das Jugendamt der Stadt Dortmund. Die Ausstattung und Renovierung der Einrichtung konnte über das Landesjugendamt finanziert werden. Die Miete tragen wir Tagesmütter selbst, ebenso die Heizkosten, den Strom und das Mittagessen. Die AWO beteiligt sich an den Mietkosten, weil die Koordinatorin der Kinderstuben hier einen Büroraum nutzt. Wir würden uns aber wünschen, dass die Finanzierung langfristig auf breiterer Basis steht.

Welchen Erfolg haben Sie mit Ihrer Arbeit?

Wir selbst sehen die tolle Entwicklung, die die Kinder gemacht haben. Von allen Seiten haben wir nur positive Rückmeldungen bekommen. Die Eltern freuen sich darüber, dass ihr Nachwuchs gut betreut und gefördert wird. Sie haben dadurch die Möglichkeit, arbeiten zu gehen oder einen Sprachkurs zu besuchen. Auch die Fachkräfte in den Kitas melden uns nur Gutes zurück. Sie sind vom Sprachstand, den die Kleinen aus den Kinderstuben haben, sehr beeindruckt. Das ermöglicht den Kindern einen besseren Lernstart und erhöht ihre Bildungschancen.

Kann jede Kommune das Konzept der Kinderstuben umsetzen?

Ja natürlich, das ist in jeder Kommune möglich. Bei uns funktioniert es deshalb so gut, weil es als sinnvoller Abschnitt in der Bildungskette angesehen und angenommen wird. Und natürlich, weil wir die Kinder ab dem ersten Lebensjahr aufnehmen, fördern und begleiten. Der organisatorische Aufwand ist relativ gering und man ist direkt im Stadtteil verankert. Eine derzeit stattfindende wissenschaftliche Evaluation durch die Fachhochschule Dortmund wird alle förderlichen Aspekte herausstellen.

Im November 2013 eröffnete die zweite AWO-Kinderstube „Sonnenzwerge“ im Brunnenstraßenviertel. Die drei dort selbstständig tätigen Tagesmütter haben ganz unterschiedliche Biographien:

Virginia Gomez. Jahrgang 1984, spanische und italienische Wurzeln, hat bereits im Ausland mit Kindern verschiedener Altersklassen gearbeitet.

Silvia Jung. Jahrgang 1960, drei erwachsene Kinder, war seit 2011 als Springerin in verschiedenen Großtagespflegestellen tätig. Sie ist Fachkraft für elementarpädagogische Sprachförderung.

Irene Kober. Jahrgang 1980, zwei Kinder (12 und 14 Jahre) hat Wurzeln in Kasachstan und spricht noch immer Russisch. Sie ist staatlich geprüfte Kinderpflegerin.

KOOPERATION VOR ORT

Mit Präventionsmanagern in ausgewählten Stadtteilen versucht Düsseldorf, engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen und so passgenaue Hilfen zu entwickeln, die auch bei den Menschen ankommen.

Die Stadt Düsseldorf hat sich im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ mehrere Ziele gesetzt, um ein gelingendes Aufwachsen zu fördern und soziale Folgekosten zu reduzieren: Familien sollen besser über Angebote und Projekte informiert und bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Selbstorganisation gefördert werden. Weitere Schwerpunkte sind der Ausbau der Präventionsarbeit für Jugendliche, unerreichte Bevölkerungsteile und Risikogruppen sowie die Vernetzung und Qualifikation von Fachkräften.

Diese Ziele will die Stadt Düsseldorf mit einem kleinräumigen Ansatz erreichen. Klaus Kasselofsky vom Düsseldorfer Jugendamt geht davon aus, dass Betrachtungen mit einer überschaubaren Personenanzahl sinnvoller sind, um passgenaue Hilfen zu entwickeln. „So entstand die Idee, die Arbeit der Stadtbezirksteams durch eine personelle Ressource, die sogenannten Präventionsmanager, zu ergänzen“, erklärt er. Diese haben intensiven Kontakt sowohl zu den Bewohnerinnen und Bewohnern als auch zu den Institutionen vor Ort – an insgesamt drei Modellstandorten in Rath, Hassels und Wersten.

„In Sozialräumen wie diesen, in denen ein überdurchschnittlicher Anteil der Familien einen besonderen Unterstützungsbedarf hat, ist es besonders wichtig, passgenaue Hilfen zu entwickeln und gute Kooperationsstrukturen sicherzustellen“, so Thomas Klein, Jugendhilfeplaner der Stadt Düsseldorf. Die Entwicklung dieser Sozialräume werde daher von den Stadtbezirksteams des Jugendamtes grundsätzlich mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Stadtbezirksteams, die aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendförderung, Tageseinrichtungen der sozialen Dienste

und der Jugendhilfeplanung bestehen, sollen Unterstützungsbedarfe identifizieren und dann mit den passenden Akteurinnen und Akteuren vor Ort Angebote entwickeln.

Konkret sieht das so aus: Im Stadtteil Rath, in dem es noch keine ausreichenden Kooperationsstrukturen gab, wurde von Präventionsmanagerin Annika Koch (Caritas) ein neuer Kooperationskreis gegründet, in dem Schulen, Kitas, das Rather Familienzentrum, Ämter, die Abteilung für Jugendförderung, Erziehungsberatungsstellen, das junge Schauspielhaus und weitere Vertreter freier Träger regelmäßig an einen Tisch kommen. „Wir wollen die Kooperationspartner dazu bringen, als Einheit miteinander zu arbeiten“, sagt Annika Koch. Ein Beispiel: Dem Rather Familienzentrum wurde im Kooperationskreis vom Elternbesuchsdienst gemeldet, dass es viele Zwillingsgeburten im Stadtteil gibt. Davon hätte das Zentrum vielleicht ohne den Treff nichts erfahren. So wurde kurzerhand eine Elternzwillinggruppe initiiert, in der sich jetzt regelmäßig sieben Familien zur gegenseitigen Unterstützung treffen.

Um „Kein Kind zurücklassen!“ in Rath bekannt zu machen und die Familien auf die Angebote im Stadtteil, die die Lebensqualität und Entwicklung der Kinder verbessern, aufmerksam zu machen, wurde im Sommer 2014 ein Stadtteilstfest veranstaltet. Dort stellten sich die Akteure der sozialen Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Angeboten vor und fragten die Familien nach ihren Wünschen. Diese forderten ein regelmäßiges Angebot im Sozialraum. Darauf reagiert nun das neue Spielplatzcafé in Rath für Kinder von null bis drei Jahren. Außerdem wird Annika Koch versuchen, allen Kindern unter drei Jahren, bei denen Bedarf besteht, einen Betreuungsplatz zu verschaffen. Im Auftrag der

DÜSSELDORF

597.102
EINWOHNER,
92.050 UNTER
18 JAHREN



Jugendhilfeplanung nimmt sie dafür Kontakt zu allen Eltern auf, deren Kinder in keiner Betreuungseinrichtung sind. „Wir wollen gerade diese Familien erreichen und unterstützen, damit sie nicht durchs Netz fallen“, so Thomas Klein.

Ein gutes langjähriges Kooperationsnetz besteht laut Jugendhilfeplanung im Stadtteil Hassels Nord. Nun soll dort eine lückenlose Gesundheitsprävention entwickelt werden. Weil, so Thomas Klein, Kindertagesstätten meist über sehr enge Beziehungen zu den Eltern verfügten, wurde die Idee einer „Kita-Eingangsuntersuchung“ geboren und inzwischen bei insgesamt 70 Kindern durchgeführt – begleitet von der Präventionsmanagerin. Die Ergebnisse wurden dann mit den Eltern ausgewertet. Sportvereine, das Sportamt und Kita-Leitungen wählten daraufhin zwei Konzepte aus, die ab dem neuen Kita-Jahr 2014/2015 in einer Modell-Kita starten werden: Ein „zertifizierter Bewegungskindergarten“ und ein Eltern-Kind-Bewegungsangebot. Die Wirkung der Maßnahmen wird sich zeigen, wenn die Kinder in die Schule kommen. Dann werden die Ergebnisse der Schul- und Kita-Eingangsuntersuchung verglichen.

In Wersten-Südost dient die Präventionsmanagerin ebenfalls als Ansprechpartnerin für Eltern im Stadtteil – zum Beispiel wenn sie

den „Kunstbus“ begleitet, der regelmäßig ein öffentliches Kunstangebot für Kinder und Eltern anbietet. Sie nimmt auch an den Elterncafés der Kitas teil, die die meisten Kinder aus Wersten-Südost besuchen. Daneben hat sie ein weiteres Elterncafé in einer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung aufgebaut.

Im Rahmen der Werstener Stadtteilkoordination wurde der Fokus auf die Bildungsförderung beim Übergang Kita-Grundschule gelegt. Zur Stärkung der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft und für einen bruchlosen Übergang von der einen Bildungsinstitution in die andere soll in Wersten-Südost künftig als Ergänzung zur Bildungsdokumentation ein Übergangsgespräch zwischen Kita, Grundschule und Eltern stattfinden. Modellhaft wird dies zunächst an einer Schule und einer Tageseinrichtung fest installiert. Ziel des Gesprächs ist es, die Stärken und auch den Förderbedarf der Kinder auszutauschen, damit geeignete Maßnahmen aus der Kita an der Schule weitergeführt werden.

Die Präventionsmanagerin wollen die Kooperationspartner dazu bringen, als Einheit miteinander zu arbeiten.

BRÜCKE DES VERTRAUENS

HOME steht für Hilfe und Orientierung für Mönchengladbacher Eltern und ist seit 2010 in mehreren Stadtteilen etabliert worden. Sozial benachteiligte Familien sollen durch HOME in Kooperation mit Kindertagesstätten, Familienzentren und Grundschulen besser unterstützt werden. Mit sogenannten LENA-Gruppen hat die Modellkommune außerdem günstige U3-Betreuungsplätze für mittlerweile 180 Kinder geschaffen.

Das Familienzentrum „Sausewind“ in Eicken ist eine der 27 HOME-Partnereinrichtungen in Mönchengladbach. Annika Ahrens sitzt dort einmal in der Woche morgens im Eingangsfoyer und begrüßt die Eltern, die ihre Kinder zur Kita bringen. Diesen Moment nutzt die HOME-Partnerin, um auf aktuelle Familienveranstaltungen in der Nähe hinzuweisen, wie Bildungsangebote, Schwimmkurse oder Trödelmärkte. HOME ist ein Pilotprojekt zur Förderung und Unterstützung von Familien in besonderen Lebenslagen mit Kindern von bis zu zehn Jahren. Ziel ist es, die psychosoziale Versorgung von Familien zu verbessern, die Bildung und Kompetenzen zu stärken und durch präventive Maßnahmen die Fallzahl von Hilfen zur Erziehung (HzE) zu senken.

In den Stadtteilen Mülfort und Eicken wird das Projekt seit 2010 erprobt. Im Sommer 2014 ist noch der Stadtteil Rheydt hinzugekommen. Insgesamt sieben HOME-Partnerinnen machen dabei die Familien auf Angebote im Stadtteil aufmerksam und bieten ihre Beratungsexpertise bei familiären Problemen an. „Die Eltern können mit allem zu mir kommen, sei es bei Problemen mit den Kindern oder in der Partnerschaft“, sagt die Diplom Sozialpädagogin Ahrens. Um das Vertrauen der Familien zu gewinnen, bietet Ahrens außerdem jeden Monat im Familienzentrum „Sausewind“ ein Elterncafé an.

Damit die Unterstützungsangebote angenommen wurden, brauchte Ahrens einen langen Atem: „Es ist wichtig, über lange Zeit am Ball zu bleiben und die Eltern immer wieder persönlich anzusprechen, wertschätzend und auf Augenhöhe, damit sie Vertrauen fassen“, erzählt die

HOME-Partnerin. Aus ersten guten Erfahrungen von Eltern habe sich dann ein Schneeballeffekt entwickelt, weil sie weiter empfohlen wurde. Mittlerweile ist Annika Ahrens ein bekanntes Gesicht und gehört zum Familienzentrum „Sausewind“ fest dazu.

Zwischen fünf und zehn Familien wenden sich durchschnittlich während solch einer einstündigen Präsenzzeit an Ahrens. „Frau Ahrens ist eine, die nicht nur redet, sondern auch was macht!“, sagt die Mutter Nicole Zimmermann. Durch die HOME-Partnerin ist sie auf das Projekt „Rucksack“ aufmerksam geworden, das vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert und mit HOME-Mitteln bezahlt wird. Das Projekt hat zum Zweck, die Sprachkompetenzen und Elternbildung zu fördern und ist für zugewanderte und deutsche Eltern geöffnet. Einmal in der Woche finden die Rucksack-Stunden unter Leitung von Gabriele Elschenbroich im Familienzentrum „Sausewind“ statt. Während die Kinder spielen, erhalten die Eltern Arbeitsmaterialien und neue Ideen, wie sie sich sinnvoll mit ihren Kindern beschäftigen und sie spielerisch auf die Grundschule vorbereiten können. Die Arbeitsblätter gibt es auf deutsch und in vielen anderen Sprachen. „Erst haben wir die Blätter auf arabisch verwendet“, erzählt Teilnehmerin und Mutter Tahar Chaouch, die erst seit kurzem in Deutschland lebt, „Nach ein paar Monaten konnten wir schon die deutschen Blätter nehmen, weil ich es verstanden habe und dann auch meiner Tochter beibringen konnte“. Die Kurse heißen Rucksack, weil die Eltern einen Rucksack voller Ideen und Anregungen nach Hause bringen sollen. Den geben sie in ihrer Muttersprache an das Kind

MÖNCHEN-
GLADBACH

255.188
EINWOHNER,
42.060 UNTER
18 JAHREN

weiter. Vorgesehen sind einige Minuten am Tag, in denen die Eltern mit den Kindern die Übungen machen. Das Kind trägt seine neuen Ideen dann zurück in die Kita, wo die Erzieherinnen und Erzieher dies wieder aufgreifen und auf Deutsch vertiefen wollen.

Doch es geht um mehr als Deutschlernen. Nicole Zimmermann – deutsche Muttersprachlerin – nutzt das Angebot, weil ihr dreijähriger Sohn schon mit fünf Jahren eingeschult werden soll und sie ihm den frühen Übergang erleichtern möchte. Gabriele Elschenbroich hat ihr erklärt, dass es nicht viel Geld kostet, um sich sinnvoll mit den Kindern zu beschäftigen. „Man kann mit Knöpfen spielen, Topf schlagen, Koffer packen oder eine schöne Suppe zusammen kochen und dabei miteinander sprechen. Das macht Spaß und fördert die Bildung und den Wortschatz“, sagt Elschenbroich. Die Mutter Nicole Zimmermann hat die Tipps umgesetzt. Jeden Abend nun spielt sie mit ihrem Mann und den Kindern drei Gesellschaftsspiele und macht ein paar Rucksack-Arbeitsblätter mit ihrem Sohn. Es sei ein festes Ritual geworden.

Mittlerweile nehmen in Mönchengladbach rund 100 Mütter am Projekt Rucksack teil. Vier dieser Gruppen laufen über HOME. „Durch die persönliche Brücke HOME nehmen Eltern viel leichter und schneller örtliche Beratungs- und Hilfeangebote an, auf die sie ohne die HOME-Unterstützung nicht gekommen wären“, sagt Annika Ahrens. Auch Rucksack-Teilnehmerin Tahar Chaouch nutzte die Schnittstelle zur HOME-Partnerin. Ahrens half ihr beim Ausfüllen von Anträgen und bei Bewerbungsschreiben, während ihre Tochter in der Kita betreut wurde.

Im Rahmen des HOME-Projekts werden zusätzlich weitere Betreuerinnen wie Kerstin Verhofen und Waheda Safi finanziert. Jeden Dienstag und Donnerstag betreuen sie in den Räumen der Kita des Familienzentrums „Sausewind“ eine Gruppe von Kleinkindern ohne Kita-Platz, deren Mütter Deutschkurse belegen. So haben die Mütter Zeit und Ruhe zum Lernen und wissen, dass ihre Kinder gut versorgt sind. Laut eines Projektberichts aus dem Jahr 2012 konnten 16 HzE-Fälle durch HOME vermieden werden. Die Vermittlung an präventive Angebote sparte laut Bericht im genannten Bezugsjahr rund 122.000 Euro HzE-Kosten ein. Durch die geschätzten

Einsparungen refinanziert sich das Projekt jährlich zur Hälfte selbst. Das Projekt HOME ist zunächst bis zum 31. Dezember 2016 befristet. Im Sommer 2016 wird der Rat der Stadt Mönchengladbach über eine mögliche Fortsetzung und Ausweitung entscheiden.

Regelmäßig kommt auch der zweijährige Ben in die Kita des Familienzentrums „Sausewind“. Seine alleinerziehende Mutter macht eine Umschulung, hat aber keinen U3-Betreuungsplatz

gefunden. Zum Glück wurde für Ben ein Platz in einer LENA-Gruppe frei. LENA steht für „Lernen und Erziehen nutzt allen“. Dahinter stehen Tagespflegestützpunkte für die U3-Betreuung. Das Besondere: Die Gruppen sind in Kindergartennähe in Wohnungen untergebracht und an eine Kita angebunden – hier eben die Kita „Sausewind“. Alte Hausmeisterwohnungen oder Ladenlokale werden dafür umfunktioniert, sodass die Kleinkinder in adäquaten Räumlichkeiten betreut werden können und gleichzeitig keine Zusatzkosten für Neubauten entstehen. Durch die direkte Nachbarschaft zu einem Kindergarten können die Kinder die Turnhallen oder das Außengelände mit benutzen und die Leiterin des Kindergartens übernimmt die Oberaufsicht über die Gruppe. Vorgesehen ist dabei, dass die Kinder von einer LENA-Gruppe nahtlos mit dem Erreichen des dritten Geburtstages in die benachbarte Kindertageseinrichtung wechseln. Ben und die anderen Kinder werden mindestens einmal in der Woche im Bollerwagen in die Kita „Sausewind“ gefahren. Ein Vorteil: Wenn Ben mit drei Jahren in den Kindergarten wechselt, kennt er die meisten Kinder schon.

Mittlerweile gibt es in Mönchengladbach 22 solcher LENA-Gruppen, in denen bisher insgesamt 180 Kinder untergebracht sind. Innerhalb der Gruppen werden bis zu neun U3-Kinder von zwei Tagespflegepersonen betreut. Bis Ende 2014 sollen insgesamt 30 LENA-Gruppen in Mönchengladbach eingerichtet worden sein.



Annika Ahrens, HOME-Partnerin: „Es ist wichtig über lange Zeit am Ball zu bleiben und die Eltern immer wieder persönlich anzusprechen, wertschätzend und auf Augenhöhe, damit sie Vertrauen fassen.“

Laut eines Projektberichts aus dem Jahr 2012 konnten 16 HzE-Fälle durch HOME vermieden werden. Die Vermittlung an präventive Angebote sparte laut Bericht jährlich rund 122.000 Euro HzE-Kosten ein.

DEN ÜBERGANG IM BLICK

Im Kreis Unna gibt es 172 Kindertageseinrichtungen, die von 60 verschiedenen Trägern betrieben werden. Ein Schwerpunkt in der Präventionsarbeit liegt in der Schaffung kreisweiter Standards. Damit Kinder den Übergang von der Kita in die Grundschule gut meistern, hat das Regionale Bildungsnetzwerk als Initiator mit einer Vielzahl verschiedener Kooperationspartner ein Übergangsprotokoll etabliert, das in immer mehr Kitas eingesetzt wird. Das Ziel: Eine kreisweit einheitliche Dokumentation für den Übergang von der Kita in die Grundschule, kurz Ü1-Protokoll.

Victoria Merkel ist sechs Jahre alt. Sie besucht zurzeit die Kindertageseinrichtung „Hokuspokus“ in Holzwickede. Heute ist ihre Mutter Karina zu Besuch. Sie hat einen Termin bei Einrichtungsleiterin Petra Stoltefuß. Zusammen wollen sie über Victorias Entwicklung sprechen. In vier Monaten wechselt sie in die Grundschule. „Für mich ist es wichtig zu wissen, was im Übergangsprotokoll steht“, erzählt Merkel. „Wenn es alle wichtigen Informationen enthält, kann der Übergang in die Grundschule gelingen.“ Mit dem Ü1-Protokoll kann Leiterin Petra Stoltefuß der Mutter aber auch Auskunft zu wichtigen Bildungsbereichen geben.

Zehn Institutionen haben sich zusammengesetzt, um gemeinsam das Ü1-Protokoll zu entwickeln. Eingesetzt wird das Protokoll nun im dritten Jahr. Das drei Seiten umfassende Dokument gibt Informationen über den jeweiligen Entwicklungsstand eines Kindes in Bezug auf zehn verschiedene Bildungsbereiche. Daneben gibt es Auskunft über möglicherweise bereits begonnene Fördermaßnahmen oder auch besondere Interessen und Vorlieben des Kindes.

„Hokuspokus“-Leiterin Stoltefuß und ihr Team haben gute Erfahrungen mit dem Ü1-Protokoll gemacht: „Wir füllen das Dokument regelmäßig aus. So können wir die individuelle Entwicklung des Kindes gut nachvollziehen.“ Diese Beobachtungen helfen auch bei den Elterngesprächen, da sie durchaus den einen

oder anderen Impuls geben könnten. „Unser Ziel ist es, bei den Kindern die Stärken zu stärken und die Schwächen zu schwächen“, so Stoltefuß. „Und dabei wollen wir auch die Eltern ganz aktiv einbinden.“

Das Übergangsprotokoll hilft den Fachkräften in der Kita, den Eltern und den Lehrkräften, die das Kind in der Grundschule unterrichten. Durch eine einheitliche Dokumentation im Kreis Unna soll in Zukunft auch über Kita-, Schul- und Stadtgrenzen hinaus jedem Kind ein gleitender Übergang ermöglicht und Kooperationen zwischen Kitas und Grundschulen verstärkt werden.

In der Regel gibt es im Frühjahr vor dem Wechsel in die Grundschule ein Gespräch zwischen der Kita-Fachkraft und den Eltern. Hier wird der Entwicklungsstand besprochen. Stimmen die Eltern zu, übermittelt die Kita drei Wochen vor den Sommerferien das Ü1-Protokoll an die Grundschule, die das Kind besuchen wird. So können sich Klassenlehrerinnen und -lehrer ein gutes Bild von ihren zukünftigen Schülerinnen und Schülern machen. Die Förderung kann dadurch nahtlos weitergeführt werden. Die Kitas laden die Lehrkräfte aus dem Primarbereich im Vorfeld auch zu einem Besuch in die Kita ein, bei dem sie die zukünftigen Schulanfängerinnen und Schulanfänger kennenlernen. Hat das Kind den Übergang von der Kita in die Grundschule gemeistert, sucht die Kita-Fachkraft nach Beginn des neuen Schuljahres ihrerseits

KREIS UNNA

396.060
EINWOHNER,
66.570 UNTER
18 JAHREN



die entsprechenden Grundschulen auf und erkundigt sich nach der individuellen Entwicklung der Schulkinder. Davon profitieren nicht nur die Kinder ganz persönlich – der Kontakt stärkt auch die Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften in Kitas und Grundschulen.

Für Monika Thünker, Jugendhilfeplanerin des Kreises Unna, spielt das Ü1-Protokoll eine besondere Rolle in der Präventionsarbeit: „Es ist ein wichtiger Baustein der Präventionskette bei uns im Kreis.“ Es symbolisiere den Vorbeugungsgedanken sehr gut, da die Übergänge für Kinder besonders wichtig seien. Außerdem, so wünscht es sich Thünker, solle das Ü1-Protokoll noch einen anderen Effekt haben: „Wir wollen dem Frust in der Kita und der Grundschule entgegenwirken. Das schaffen wir, indem sich die Lehrerinnen und Lehrer mit dem Ü1-Protokoll aus der Kita individuell auf das Kind einstellen können.“ Dies bestätigen ihr eine Vielzahl an positiven Rückmeldungen aus Kitas und von Lehrkräften.

Langfristig will der Kreis alle Kitas und Grundschulen mit ins Boot holen. Denn um den positiven Effekt der Übergangsdokumentation weiß auch Sabine Fischer, die als pädagogische Mitarbeiterin beim Regionalen Bildungsbüro arbeitet. „Für den Unterricht ist das sehr hilfreich. Die Dokumentation liefert

bereits wichtige Informationen über ein Kind, so kann man sich auf Stärken und Schwächen gut einstellen.“ Besonders freue sie sich, dass das Dokument den Kindern unabhängig von Personen hilft. „Allzu oft hängt der Erfolg von Präventionsarbeit noch von einer guten zwischenmenschlichen Beziehung ab.“ Das Ü1-Protokoll solle nun für echte Chancengleichheit sorgen, so dass alle Kinder profitieren könnten.

Maren Lethaus, Leiterin des Regionalen Bildungsbüros im Kreis Unna, hat die konsequente Weiterführung des Ü1-Konzeptes im Blick: „Auch für den zweiten Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule wurde bereits ein Übergangsprotokoll entwickelt.“ Hier befinde sich der Kreis gerade in einem zweiten Probelauf. „Die Kinder und Jugendlichen sollen ein komplettes Bildungsportfolio bekommen.“

Für Karina Merkel und ihre Tochter Victoria war der heutige Besuch wichtig. Die Rückmeldungen, die Kita-Leiterin Petra Stoltefuß den beiden gegeben hat, waren durchweg positiv. Beim Verlassen der Kita strahlt Karina Merkel: „Ich bin überzeugt, dass das Ü1-Protokoll sinnvoll ist. Es erleichtert Kindern den Übergang. Durch die Informationen über Victoria kann sie in der Grundschule individuell gefördert werden.“

Das Ü1-Protokoll sorgt nicht nur für Mindestqualitätsstandards in den Einrichtungen. Es hilft darüber hinaus Eltern, Kindern und Bildungsfachkräften, sich über die Stärken und Schwächen der Jungen und Mädchen bewusst zu werden. Ihnen kann dann im Übergang ohne Zeitverlust begegnet werden.

KITA UND SCHULE UNTER EINEM DACH

Durch Bildungs- und Erziehungspartnerschaften sowie eine interprofessionelle Förderung sollen in Bielefeld im Rahmen von KIGS – kurz für „Kita – Grundschule“ – Übergänge ohne Brüche gelingen. Kita-Gruppen des letzten Jahrgangs werden dabei in leerstehende Grundschulklassen verlegt. Gemeinsame Aktivitäten mit den Grundschulen sollen die Kita-Kinder auf den Übergang vorbereiten. Ein willkommener Nebeneffekt: Die Kommune spart durch KIGS hohe Neubaukosten für neue Gruppenräume.

Der Übergang von der Kita in die Grundschule ist für viele Kinder nicht leicht: Neuer Schulweg, neues – in der Regel größeres – Gebäude, neue Bezugspersonen, eine neue Form des Lernens. In der Kita waren sie „die Großen“, in der Grundschule sind sie auf einmal „die Kleinen“. Das



schüchtert nicht wenige Kinder ein und verhindert einen gelungenen Schulstart. Das Ziel von KIGS ist es, diesen Übergang für die Kinder weicher zu gestalten.

Dabei wird eine Gruppe des letzten Kita-Jahrganges in Räumlichkeiten der Grundschule verlagert. Zusätzlich zu den Erzieherinnen und Erziehern kommt eine Lehrkraft fünf Stunden in der Woche in die Gruppe. Sie plant und unternimmt gemeinsame Aktivitäten mit den Grundschulkindern. Dabei reicht das Spektrum von der Projektwoche über gemeinsame Sportaktivitäten bis hin zur Weihnachtsfeier. KIGS ist keine Vorschule, aber die kommenden Schulanfänger bekommen die Zeit, sich langsam an die neue Umgebung, die neuen Bezugspersonen und die neuen Lernformen zu

gewöhnen. Beim Schulstart können sie sich dann auf die neuen Lerninhalte konzentrieren.

„Das Projekt wird von der Universität Bielefeld evaluiert. Wir wollen belegen, dass ein weicherer Übergang zwischen den beiden Institutionen die Bildungschancen der Kinder erhöht“, so Norbert Wörmann vom Sozialdezernat der Stadt Bielefeld. Gleichzeitig rücken die Professionen näher zusammen: Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer arbeiten kollegial zusammen und bringen dabei die Stärken der beiden Institutionen zum Wohle der Kinder ein.

KIGS führt aber auch zu finanziellen Entlastungen bei der Kommune. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder (U3) führt vor allem in den Großstadt-Kitas zu Raumnot. Gleichzeitig stehen aufgrund des demografischen Wandels in einigen Grundschulen Räume leer. Die Verlagerung einer Kita-Gruppe in die Grundschule schafft hier Entlastung. Denn der Neubau einer U3-Gruppe kostet rund 400.000 Euro, der notwendige Umbau in der Grundschule nur rund 40.000 Euro.

Erste Evaluationsergebnisse stehen noch aus. Bei den Eltern jedenfalls scheint das neue Modell an seinen zunächst zwei Standorten sehr gut anzukommen: „Für den zweiten Jahrgang, der im Herbst 2014 beginnt, hatten wir mehr Anmeldungen als Plätze. Und auch die beteiligten Kitas und Grundschulen äußern sich durchweg positiv“, so Norbert Wörmann.

BIELEFELD

**326.870
EINWOHNER,
55.940 UNTER
18 JAHREN**





VON DER GRUNDSCHULE BIS IN DIE WEITERFÜHRENDE SCHULE

Bildungsübergänge sind Bindeglieder der kommunalen Präventionskette. Wie alle Übergangsentscheidungen soll auch der Weg von der Grundschule in die weiterführende Schule stets vom Kind aus gedacht und kindgerecht gestaltet werden. Hierbei helfen Bildungs- und Entwicklungsdokumentationen, die den Informationsaustausch zwischen abgehender und aufnehmender Schule erleichtern. Präventive Angebote befähigen Eltern, Lehr- und Fachkräfte, Übergangsentscheidungen am Potenzial des Kindes zu orientieren und nicht an der sozialen Lage der Familie.

UNTERSTÜTZUNG VON ANFANG AN

Die Stadt Gelsenkirchen hat 2012 mit dem Sozialdienst Schule einen weiteren Baustein in die kommunale Präventionskette „Erziehung und Bildung von Anfang an“ eingefügt. Das Angebot unterstützt nachhaltig erfolgreiche Bildungsbiografien von Kindern aus sozial belasteten und bildungsungewohnten Sozialmilieus. Sie werden individuell gefördert, um ihre Potentiale zu entwickeln. In gemeinsamer Verantwortung von Eltern, Schulen und Jugendhilfe soll jedes Kind gute Bildung erwerben und soziale Teilhabe erfahren. Dabei werden Kinder und Eltern als Partner einbezogen. Der Sozialdienst Schule ist zentraler Bestandteil dieser Strategie.

„Nächster Halt: Lessingstraße“, tönt es aus dem Lautsprecher des Busses, der sich seinen Weg durch den Gelsenkirchener Stadtteil Hassel bahnt. Suendues Karaoglu zupft noch einmal ihre Bluse zurecht und steigt aus. Die 43-jährige Sozialpädagogin arbeitet für den städtischen Sozialdienst Schule und besucht heute eine junge Familie, um sich mit ihr über die schulischen Entwicklungen des ältesten Sohnes auszutauschen.

Im Wohnzimmer der Familie hängen Familienfotos an der Wand. Türkische Musik aus dem Radio, Plätzchen und Tee auf dem Tisch – eine gemütliche Atmosphäre. Im Mittelpunkt des Besuchs steht heute Emirhan. Der siebenjährige Sohn der Familie besucht im Moment die erste Klasse „Für ihn ist es nicht so leicht, im Unterricht mitzukommen“, erzählt Vater Hüseyin. Im Normalfall hätte die Familie über den Klassenlehrer den Kontakt zum Sozialdienst Schule aufgenommen. „Aber da wir Suendues schon kennen, haben wir sie direkt um Hilfe gebeten.“ Vor einiger Zeit hat sie bereits die 8-jährige Tochter betreut und eine individuelle Förderung vermittelt, in der vor allem ihr Selbstbewusstsein gestärkt wurde. Esmanur war in der Schule früher sehr still und zurückhaltend. Mittlerweile ist sie ein aufgewecktes, kommunikatives Mädchen. Für Emirhan versprechen sich die

Eltern ebenfalls positive Entwicklungen.

Sozialpädagogin Karaoglu kümmert sich im Gelsenkirchener Norden um drei Schulen. Sie will für jedes Kind eine passgenaue Lösung finden. Emirhan benötigt besondere, individuelle Unterstützung, die er am besten in einer kleineren Klasse erhalten kann. Karaoglu hat bereits Kontakt zur zukünftigen Klassenlehrerin der benachbarten Förderschule aufgenommen, die Emirhan nach den Sommerferien besuchen wird. Möglichst kurze Informationswege sind in der Arbeit der Sozialpädagogin wichtig.

Die örtliche Josef-Rings-Schule ist eine der Schulen, für die Suendues Karaoglu tätig ist. Hier findet seit acht Wochen das Vorschulkompetenztraining „Mia & Max – Fit für die Schule“ statt. Seinem präventiven Auftrag folgend, begleitet der Sozialdienst Schule auch schon Vorschulkinder, die eine ergänzende, zusätzliche Förderung zur Vorbereitung auf die Schule erhalten sollen. Das Projekt wurde durch den Sozialdienst entwickelt, pilothaft im Jahr 2013 erprobt und anschließend als einheitliches Programm umgesetzt. Das Vorschulprojekt wird von der Lehramtsanwärterin Sabrina Bandow durchgeführt. Sie wird von den beiden Abiturientinnen Manon-Lea und Marielies unterstützt. „Es ist toll, welche

GELSEN-
KIRCHEN

258.766
EINWOHNER,
42.660 UNTER
18 JAHREN



Fortschritte die Kinder hier schon gemacht haben“, erzählt Bandow. „Wir sehen vor allem eine erhebliche emotionale Entwicklung. Viele waren zu Beginn sehr still. Das hat sich nun geändert.“ Dies sei eine wichtige Voraussetzung, um den Übergang von der Kita in die Grundschule zu meistern. Suendues Karaoglu besucht die Projekte in der Regel drei Mal. „Zu Beginn, in der Mitte und am Ende. So kann ich gut verfolgen, wie es vorangeht“, sagt sie.

Eva Kleinau ist Teamleiterin des Sozialdienstes Schule und betreut 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an 39 Grundschulen und vier Förderschulen in der ganzen Stadt im Einsatz sind. „Das sind unsere Manager vor Ort, die sich dafür einsetzen, dass gute Bildungschancen keine Glücksache sind und kein Kind zurückgelassen wird“, so Kleinau. Bis zu 700 Einzelfälle betreuen sie jährlich. Darüber hinaus werden knapp 1.700 Kinder in 180 Einzel- und Gruppenangeboten gefördert. Um einen Einzelfall geht es immer dann, wenn konkrete Ziele definiert worden sind. Dazu zählen ein besseres Sozialverhalten oder auch eine höhere Konzentrationsfähigkeit. Wenn ein Kind Unterstützung benötigt, setzen sich in der Regel die Klassenlehrer mit einer Mitarbeiterin des Sozialdienstes Schule in Verbindung. Zusätzlich zu der individuellen Betreuung des Grundschulkindes und der Familien konzipieren und organisieren die

Fachkräfte des Sozialdienstes Schule bedarfsgerechte Einzel- und Gruppenangebote. Im Schuljahr 2013/2014 gab es 180 solcher Angebote, in denen rund 1.700 Kinder gefördert wurden.

Durch ein Netzwerk an Honorarkräften können Eva Kleinau und ihr Team passgenaue Hilfen vermitteln. „Kinder-Yoga kann ja keiner von uns“, sagt Eva Kleinau und lacht. „Wir erleben in unserer Arbeit regelmäßig, wie sich die Kinder positiv entwickeln.“ Manche Maßnahmen, die stark nachgefragt seien, fänden Eingang in den Regelunterricht. So habe eine Musiklehrerin Elemente aus einem Body-Percussion-Projekt in ihren Regelunterricht integriert, um die Konzentration und die motorische Entwicklung der Kinder zu fördern. „Das ist natürlich besonders nachhaltig“, so Kleinau. Welche anderen Effekte die Arbeit des Sozialdienstes Schule hat, werde auch gerade wissenschaftlich evaluiert.

Dass ihre Arbeit erfolgreich ist, kann Sozialpädagogin Suendues Karaoglu aber schon heute sagen. Für die Familie in Hassel ist sie mittlerweile eine wichtige Bezugsperson geworden. „Sie haben meine Handynummer und können immer anrufen.“ Durch das Vertrauen der Eltern zu Suendues Karaoglu kann sie bei Bedarf Brücken zu bestehenden Hilfsangeboten bauen und der Familie durch rechtzeitige Unterstützung Halt geben.

Der Sozialdienst Schule ist mit seinen 17 Mangerinnen und Managern an 39 Grundschulen und vier Förderschulen im Einsatz. Jedes Jahr werden bis zu 700 Kinder betreut. Darüber hinaus werden knapp 1.700 Kinder in 180 Einzel- und Gruppenangeboten gefördert.

ENGAGIERTE ELTERN VERNETZEN SICH

Der Kreis Düren hat sich zum Ziel gesetzt, das Engagement der Zivilgesellschaft zu fördern. Dazu zählen auch die Elterndelegierten im Regionalen Bildungsnetzwerk. Sie bringen die Perspektive der Eltern beim Thema „Schule“ ein. Davon profitiert nicht nur der Kreis, sondern vor allem die Schülerinnen und Schüler in den kreisweit über 100 Bildungseinrichtungen.

Der Fahrstuhl endet in der sechsten Etage. Will man in das siebte Stockwerk, muss man die Treppe nehmen. In Raum 701 treffen sich heute 12 Elterndelegierte des Kreises Düren. Es ist ein später Dienstagnachmittag, 17 Uhr. Heute referiert Eugen-Ludwig Egyptien über Schulqualität in NRW. Als Leiter der „Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule“ kennt er sich im Thema bestens aus. Für die Anwesenden eine spannende Gelegenheit, neue Erkenntnisse für ihre Arbeit als Elterndelegierte zu gewinnen. Für den Leiter des Landesinstituts die Möglichkeit, Rückmeldungen zum „Referenzrahmen Schulqualität NRW“ von der Basis zu erhalten, bevor die Endfassung an alle Schulen herausgegeben wird.

Die Tische sind zu einem Kreis zusammengestellt. Darauf stehen Schilder mit verschiedenen Schulnamen. Europaschule, Nikolauschule oder Südschule – sie repräsentieren Bildungseinrichtungen von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II. Alle Eltern haben einen unterschiedlichen Hintergrund, aber sie verfolgen ein gemeinsames Ziel: Die Eltern sollen in der Bildungslandschaft des Kreises stärker gehört werden. Einige der insgesamt 16 Delegierten haben sich Spezialgebiete, wie die Schulmittelpauschale oder die Rolle der Eltern in der Berufsorientierung, ausgesucht.

Elvira Lawrenz engagiert sich seit mehr als zwei Jahren. Ihr Schwerpunkt lautet „Abitur – nicht nur am Gymnasium“. Die Mutter von vier Kindern, von denen zwei noch zur Schule ge-

hen, setzt sich dafür ein, dass alle die Möglichkeit bekommen sollen, das Abitur zu machen. „Wir können positive Entwicklungen für die Kinder im Kreis nur dann erreichen, wenn wir uns zusammenschließen“, erklärt sie. „Deswegen brauchen wir Eltern in der Bildungspolitik eine größere Lobby.“

Ein paar Plätze neben Elvira Lawrenz sitzt Tanja Sodekamp. Für sie steht das Thema „Inklusion“ ganz oben auf der Agenda. Ihre Tochter besucht die Stephanusschule, eine Förderschule für geistige Entwicklung. Während Eugen-Ludwig Egyptien von der Qualitätsagentur seinen Vortrag hält, macht sich Sodekamp fleißig Notizen. Als der Referent davon spricht, dass die Schule den Erziehungsberechtigten eine demokratische Teilhabe des Schullebens eröffnen soll, nickt sie. „Wir müssen uns in den Einrichtungen noch stärker für die Interessen unserer Kinder einsetzen. Ich denke vor allem an Barrierefreiheit in allen Schulen.“

Es entwickelt sich eine lebendige Diskussion über Elternengagement, Unterstützung für alle Schülerinnen und Schüler und darüber, wie der Austausch zwischen Eltern und Schule noch optimiert werden kann. „Ich brauche gar keine Gesprächsimpulse mehr geben“, sagt Agenturleiter Egyptien. Die Runde schmunzelt. Schnell wird deutlich, dass sich hier Eltern treffen, die etwas bewegen wollen. Jörg Rosenberger, Vater von zwei Kindern und Gründungsmitglied der Elterndelegierten, unterstreicht diesen Punkt: „Wir sind für den Kreis Düren nicht nur schmu-

KREIS
DÜREN

258.760
EINWOHNER,
46.180 UNTER
18 JAHREN

ckes Beiwerk.“ Um möglichst viele Eltern über die Arbeit zu informieren und sie für die Elternarbeit zu stärken, wolle man in Zukunft noch mehr in den Schulen präsent sein.

Die Delegierten sind an aktiver Mitwirkung interessiert und gehen jedes Schuljahr aus den Schulpflegschaften aller Schulen im Kreis

daher eingeladen, am Arbeitskreis „Inklusion“ teilzunehmen und dort ihre Anregungen einzubringen. Auch in anderen Arbeitskreisen sind sie mittlerweile aktiv. „Das kleine Einmaleins der Elternvertretungen“ war eine Veranstaltung der Elterndelegierten für alle Schulpflegschaftsmitglieder des Kreises, um die Elternmitwirkung zu stärken und über die



hervor. Sie sind Bindeglied zwischen Elternschaft und Regionalem Bildungsnetzwerk. Das hierfür zuständige Regionale Bildungsbüro hat die Elterndelegierten vor drei Jahren ins Leben gerufen. Mit ihrer Benennung sind sie auch Mitglieder in der Regionalen Bildungskonferenz. So erfährt der Kreis ganz unmittelbar, wie Eltern das Thema „Bildung“ sehen. „Wir haben dadurch bereits eine ganze Menge gelernt. Wenn man Elternpartizipation stärken und den Austausch von Eltern und Fachkräften verschiedener Institutionen ermöglichen möchte, braucht es eine unterstützende und koordinierende Stelle“, erklärt Angela Stefan vom Regionalen Bildungsbüro. „Ein Abgleich mit der Sichtweise von Eltern ist wichtig, um bei aller Professionalität nicht die ‚Basis‘ aus dem Auge zu verlieren. Das komme langfristig auch den Kindern zugute“. Ihre Kollegin Margret Sieben sitzt ihr gegenüber und fügt hinzu: „Manchmal ergänzen wir die regulären Treffen um solche Vorträge wie heute. Dadurch wollen wir die Eltern in ihrer Kompetenz stärken.“ Das Büro der beiden ist nur wenige Meter vom Konferenzraum entfernt, in dem heute die Veranstaltung stattfindet.

Vor allem bei der Inklusion habe man viel erfahren können, so Angela Stefan. Schulverwaltung und Bildungsbüro haben die Eltern

eigene Arbeit zu informieren. Dieser Termin war auch eine gute Möglichkeit, eine Rückmeldung von der Basis zu bekommen.

Die Leiterin des Bildungsbüros, Maria Kaptain, ist stolz, wenn sie über die Arbeit der Elterndelegierten spricht: „Mit ihnen hat der Kreis Düren in NRW ein Alleinstellungsmerkmal. Wir würden uns wünschen, dass auch andere Kommunen das Potential ihrer Eltern nutzen.“ Eine erste Entwicklung in diese Richtung gibt es bereits. Der benachbarte Kreis Euskirchen übernimmt das Konzept.

Wenn man Elvira Lawrenz und Tanja Sodekamp darauf anspricht, dass nun auch Elterndelegierte im Kreis Euskirchen die Arbeit aufnehmen, freuen sich beide sichtlich: „Wir spielen bei dieser Sache natürlich gerne Geburtshelfer.“ Um ihre Arbeit im Detail vorzustellen, wurden zwei Elterndelegierte aus dieser Runde zu einer ersten Schulpflegschaftssitzung im Nachbarkreis eingeladen.

Es ist spät geworden in Düren. Die Sitzung hat über eine halbe Stunde länger gedauert. Die Elterndelegierten nehmen viel Schwung für ihre Arbeit mit. Gemeinsam gehen sie zu Fuß über das siebenstöckige Treppenhaus hinunter.

Die Elterndelegierten sind Bindeglied zwischen Elternschaft der Schulen im Kreis Düren und dem Regionalem Bildungsnetzwerk. Vom Einbezug der Eltern sollen alle Schulkinder profitieren.

PORTFOLIOARBEIT MACHT SCHULE

Das Portfolio ist eine Sammlung von Arbeiten, mit der die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Stärken und Entwicklungen dokumentieren. Damit können die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schule ihre Interessen, Stärken und Talente zeigen. Die Stadt Witten will die Portfolioarbeit nun für den Übergang Grundschule – weiterführende Schule flächendeckend einführen. Ein Gespräch mit Gorden Stelmaszyk vom Amt für Jugendhilfe und Schule der Stadt Witten.

Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule ist neben großer Vorfreude oft mit vielen Ängsten verbunden. Momentan gibt es einige individuelle Kooperationsformen zwischen den unterschiedlichen Schulen, um den Kindern und Eltern diese Phase zu erleichtern. Was jedoch noch fehlt, ist eine systematische Sammlung der Interessen und Stärken der Schülerinnen und Schüler und eine regelhafte Übergabe. Dadurch gehen viele Informationen aus der Grundschule verloren. Deshalb entwickelt die Stadt Witten aktuell ein Portfolioverfahren, das zunächst modellhaft an mehreren Standorten erprobt und dann möglichst an allen betreffenden Schulen eingesetzt werden soll.

**Herr Stelmaszyk, warum wollen Sie die Portfolioarbeit in Witten einführen?
Welchen Problemen beugt sie vor?**

Übergänge von einer Institution in eine andere sind einschneidende Ereignisse in der Entwicklung eines Kindes. Das 'Vertraute' wird durch 'Neues' ersetzt, andere Gebäude, andere Bezugspersonen, andere Spielgefährten und Klassenkameraden, andere Freunde. Jeder Mensch wird durch so umfassende Veränderungen verunsichert. Für Kinder gilt dies in besonderem Maße. Die Beschäftigung mit dem Übergang unterstützt das Kind darin, der neuen Situation sicher und gelassen entgegen zu sehen. Das Portfolio wird in der Grundschule

im vierten Schuljahr erstellt. Die Schülerin oder der Schüler erarbeiten weitgehend individuell gestaltete Ergebnisse zu ihrer Persönlichkeit, den Stärken und sozialen Kompetenzen oder den bereits erlernten Arbeitsmethoden. Hierdurch werden die Selbstreflexion und das Selbstwertgefühl, aber auch die gedankliche Auseinandersetzung mit dem bevorstehenden Übergang gefördert. Die Schülerin oder der Schüler hat am Ende der vierten Klasse etwas 'Greifbares', was mit Stolz in der neuen Schule vorgestellt werden kann. Für Lehrerinnen und Lehrer ist dieses Portfolio die Chance, neben reinen Noten viel über die Persönlichkeit des Schülers zu erfahren. Lehrkräfte der weiterführenden Schulen können diese Informationen nutzen, um bei jedem Kind an Erlerntes und Vertrautes anzuknüpfen. Damit werden die Voraussetzungen für einen gelingenden Start an der weiterführenden Schule optimiert.

Warum passt die Portfolioarbeit, die Sie in Witten flächendeckend einsetzen wollen, gerade zu den Leitideen von „Kein Kind zurücklassen!“?

Das Wittener Modell 'Portfolioarbeit im Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule' setzt genau hier an. Die Herausforderungen des Überganges werden durch die Portfolioarbeit aus der Perspektive des Kindes betrachtet und organisiert. Aktuell arbeiten wir mit nahezu allen Wittener Grund- und

WITTEN

**96.382
EINWOHNER,
14.670 UNTER
18 JAHREN**

„Lehrkräfte der weiterführenden Schulen können die Informationen aus dem Portfolio nutzen, um bei jedem Kind an Erlerntes und Vertrautes anzuknüpfen.“



weiterführenden Schulen an einem gemeinsamen alltagstauglichen Portfoliomodell. Wir orientieren uns dabei an bewährten Verfahren und Programmen an Wittener Schulen. Im Schuljahr 2014/2015 starten wir dann mit der Erprobungsphase an ausgewählten Schulen. Dies dient der Erfahrungssammlung im alltagspraktischen Umgang mit dem Portfolio. Im Idealfall kann das Modell zukünftig an allen Wittener Schulen eingesetzt werden und damit Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Wittener Kinder im Übergang verbessern. Dass die Diskussion zwischen Grundschulen, weiterführenden Schulen und Fachkräften aus der Jugendhilfe schon im Vorfeld der Erprobungsphase sehr engagiert und zielorientiert ist, stimmt mich optimistisch, dass das Portfolio bald ein wichtiges Glied der Präventionskette wird.

Wie ist die Hilfe am Übergang in die Gesamtstrategie von „Kein Kind zurücklassen!“ in Witten eingebettet?

Prävention in Witten orientiert sich an dem Lebensphasenansatz. Eine Familie mit einem Neugeborenen muss sich anderen Fragen und Herausforderungen stellen als die Eltern eines Kindergartenkindes, ein Jugendlicher in der Pubertät oder ein junger Mensch im Übergang in den Beruf. Die Frühen Hilfen in Witten haben in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Entwicklungen auf den Weg gebracht. Beispielhaft seien hier die Begrüßungsbesuche durch Familienhebammen bei Familien mit Neugeborenen, die Gruppenangebote für Eltern mit Kindern, die Familienkurse für die Elternbil-

dung, die Familienzentren für unterstützende Beratungsansätze in den Kitas und die Schulsozialarbeit an Grundschulen und an weiterführenden Schulen erwähnt. Daneben gibt es eine Vielzahl an unterstützenden Programmen, die bei der Frühförderung in Kitas oder dem Übergang in den Beruf ansetzen. Die Frühen Hilfen und „Kein Kind zurücklassen!“ sind in Witten eng verzahnt. Die Angebote der Frühen Hilfen in Witten konzentrieren sich auf einzelne Altersgruppen, während 'Kein Kind zurücklassen!' die Übergänge in den Fokus stellt, um Präventionsketten zu schließen. Hierbei war der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule in der Wittener Präventionslandschaft bislang unzureichend bedacht. Das haben die Zielfindungswshops im 'Kein Kind zurücklassen!'-Programm von Vertretern aus Schule und Jugendhilfe ergeben. Deshalb versuchen wir diese Lücke mit der Portfolioarbeit zu schließen.

Von welcher Wirkung der Portfolioarbeit gehen Sie aus?

Mit dem Portfoliomodell möchten wir Kinder begleiten, damit in ihrer Entwicklung keine Brüche auftreten. Inwieweit sich dies umsetzen lässt, werden wir nach dem Übergang wahrnehmen können. Die Erfahrungen werden im Rahmen eines örtlichen Wirksamkeitsdialoges von Fachkräften aus Jugendhilfe und Schule ausgewertet. Als ersten großen Erfolg sieht Witten den engagierten Dialog zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen zum Übergang. Das gesamte Portfolioverfahren wird filmisch dokumentiert und soll dann allen Kommunen als Gute-Praxis Beispiel zur Verfügung gestellt werden.

Das gesamte Portfolioverfahren wird filmisch dokumentiert und soll dann allen Kommunen als Gute-Praxis Beispiel zur Verfügung gestellt werden.

EIN NETZWERK FÜR FAMILIEN

„Wenn Kinder in Armut aufwachsen, hat das gravierende Auswirkungen auf ihre persönliche und soziale Entwicklung. Um die Armutfolgen zu mildern, ist es wichtig, den Familien möglichst früh Unterstützung und Hilfe anzubieten.“ So lautet das Motto der Stadt Dormagen. Aus dieser Überzeugung heraus wurde deshalb das Netzwerk „NeFF“ gebildet, das verschiedene Anbieter und Dienste von Kindertagesstätten, den Grundschulen, dem Allgemeinen Sozialen Dienst, der Familienberatung, der Familienbildung und dem Gesundheitswesen zusammen bringt.

Zuerst stand NeFF noch für den Titel „Netzwerk frühe Förderung“ und war ein Präventionsprogramm gegen Kinderarmut. Bald wurde das Selbstverständnis jedoch erweitert und der Programmname in „Netzwerk für Familien“ umgeändert, das vom Präventionsbeauftragten Uwe Sandvoss organisiert und koordiniert wird. Seine erste Aufgabe war es, den kommunalen Bedarf zu ermitteln und eine Bestandsaufnahme der bereits verfügbaren Hilfeangebote zu erstellen. Ziel ist es, präventive Unterstützungsangebote und Handlungskonzepte zum Schutz von Kindern und Jugendlichen auszubauen – entlang der gesamten Präventionskette von der Schwangerschaft bis in den Beruf. Die Angebotspalette für Kinder, Jugendliche und Familien in Dormagen soll überschaubarer und einfacher zugänglich, die Angebote besser verzahnt und aufeinander abgestimmt werden. Eine verbesserte Informationsstruktur soll außerdem die Zugänge erleichtern. Als ersten Schritt musste Uwe Sandvoss deshalb Akteure unterschiedlicher Ebenen für eine Zusammenarbeit im Projekt gewinnen. Seine Strategie: „Ich habe zunächst die Akteure angesprochen, die über den Tellerrand blicken können und die in der Lage sind, Programme zu entwickeln oder zu optimieren“, erklärt Sandvoss.

Die Struktur des Netzwerkes setzt sich aus dem Management, der Lenkungsgruppe, den Arbeitsgruppen und der Umsetzungsebene zusammen. Vom Bürgermeister über die Jugendhilfeplanung

und Fachkräfte bis zu den Kindern und Jugendlichen selbst sind in NeFF alle Ebenen involviert. In der Lenkungsgruppe sind Verantwortliche und Leitungskräfte aus der Erziehung, Bildung, Gesundheit, Schulverwaltung und Schule, dem Jobcenter und der Jugendhilfe sowie freier und öffentlicher Träger vertreten. In den Arbeitsgruppen kommen Experten aus Kitas, Schulen, der Medizin, der Verwaltung oder Familienbildung zum Einsatz, um die Entwicklung von Konzepten fachlich zu unterstützen. Nach Auftrags erledigung lösen sich die Gruppen wieder auf. „Es ist wichtig, im Vorfeld festzulegen, welche Aufgaben die Mitglieder einer jeweiligen Arbeitsgruppe haben, welchen Zeitaufwand die Gruppe einsetzt und welche Regeln der Zusammenarbeit es gibt“, sagt Sandvoss.

Die Arbeit des Netzwerkes hangelt sich an den Altersbausteinen der gesamten Präventionskette entlang und konzentriert sich thematisch auf folgende Bereiche: Welche Unterstützung und Information ist für alle Eltern, Kinder und Jugendliche wichtig? Welche Angebote brauchen besondere Gruppen in welchen Sozialräumen? Welche Unterstützung benötigen die Regeleinrichtungen und deren Fachkräfte und welche Unterstützung benötigen individuelle Einzelfälle? Dabei wurden in den ersten Jahren die frühe Elternbildung, die Förderung von Familienzentren, der Ausbau von Betreuungsplätzen, die Teilhabe am kulturellen Leben sowie der Aufbau von Elternnetzwerken, die Gesundheitsförderung oder Hilfen für Allein-

DORMAGEN

62.208
EINWOHNER,
10.500 UNTER
18 JAHREN



erziehende in den Blick genommen. In der ersten Phase – NeFF I genannt – wurde am Aufbau einer professions- und institutionsübergreifenden Netzwerkstruktur von der Schwangerschaft bis zur Grundschule gearbeitet. Im Zuge dessen hat Dormagen als eine der ersten Kommunen in Nordrhein-Westfalen den Babybegrüßungsdienst eingeführt. Dabei werden alle interessierten Familien mit Neugeborenen über die Präventionsangebote der Stadt informiert. Laut einer Studie des Instituts für soziale Arbeit konnten dadurch viele Familien in passende Angebote vermittelt werden.

Im Rahmen von NeFF II, das seit 2013 läuft, arbeiten zwei Arbeitsgruppen nun daran, auf der nächsten Ebene der Präventionskette ein sicheres Auffangnetz zu etablieren. Konkret sollen die Übergänge von der Grundschule in die weiterführende Schule und schlussendlich in den Beruf besser begleitet und unterstützt werden. Um die Schulabbruchsquote zu senken, soll es zukünftig Unterstützungsangebote nach qualitativen Standards an allen Grundschulen in Dormagen geben, die den Übergang bestmöglich vorbereiten und begleiten.

Die Unterstützungsangebote sollen Kinder in Grundschulen und weiterführenden Schulen stärken und den Übergang für die Kinder und Jugendlichen besser unterstützen – gemeinsam mit den Eltern, Fachkräften aus Grund- und weiterführenden Schulen sowie den Kooperationspartnern. Dafür können Übergangsgespräche mit Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Informationstage sinnvoll sein, wie sie bereits an einzelnen Grundschulen in Dormagen umgesetzt werden. NeFF II möchte

solche Beispiele guter Praxis flächendeckend an Dormagener Grundschulen etablieren.

Um den Übergang in den Beruf bestmöglich zu unterstützen, sollen Potentialanalysen – die die Fähigkeiten und Talente von Schülerinnen und Schülern ermitteln – an allen entsprechenden Schulen in Dormagen durchgeführt werden, um realistische Übergangsempfehlungen für jede Schülerin und jeden Schüler geben zu können. Die Stadt Dormagen werde mit dem Rhein-Kreis-Neuss das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ schrittweise umsetzen, so Sandvoss. Dabei sollen die bereits bestehenden guten Beispiele aus Dormagen in das Programm einfließen. Dazu zählt etwa der „Dormagener Weg“. Ein Projekt, das Jugendlichen ohne Schulabschluss hilft, nicht den Anschluss auf dem Arbeitsmarkt zu verlieren, sondern stattdessen durch Werkstattpraktika einen geeigneten Beruf zu finden. Orientiert an Modellen wie dem „Dormagener Weg“ entwickeln Schulen, Eltern, Jugendliche und Jugendamt in einer Arbeitsgruppe gemeinsam ein Verfahren zur Berufsberatung. Daraus soll am Ende eine Informationsbroschüre entstehen. Ein erster Erfolg ist eine Praktikumsbörse die im Rahmen von NeFF II entwickelt und online gestellt wurde.

Die Stadt Dormagen hat darüber hinaus eine Koordinierungsstelle eingerichtet, damit Netzwerkpartner, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern verlässliche Ansprechpersonen haben und „Kein Abschluss ohne Anschluss“ in Dormagen umzusetzen.

NeFF II bringt verschiedene Akteure an einen Tisch: Jugendhilfe, Schulverwaltung, Bildungssystem, Bundesagentur, Jobcenter, Jugendberufshilfeträger und Unternehmen.



RUND UM DIE JUGENDPHASE

Jugendliche stellen besondere Anforderungen an die Gestaltung der kommunalen Präventionskette. Zum einen sollen Jugendliche stärker beteiligt werden. Hierfür braucht es jugendgerechte Angebote. Zum anderen wollen die Kommunen Jugendliche schneller und individueller in akuten Krisensituationen unterstützen. Darüber hinaus sollen Jugendliche in ihrer Entscheidungsfindung gestärkt werden. Deshalb ist es ein Ziel, eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung niederschwellig und qualifiziert zu gestalten.

„ALLE PARTNER EINBEZOGEN“

Unter dem Titel „Bündnis für Familie – Erziehung, Bildung, Zukunft“ bietet die Stadt Gladbeck Kindern, Jugendlichen und deren Familien Unterstützung an. Damit die Angebote die Zielgruppen auch erreichen, hat die Stadt ein neues Konzept zur Zusammenarbeit umgesetzt. Es setzt eine sozialräumlich orientierte und trägerübergreifend organisierte Arbeit mit Mädchen und Jungen um. Das Ziel: Eine noch engere Vernetzung, damit die Hilfe genau da ankommt, wo sie benötigt wird. Werner Fiedler, Abteilungsleiter „Jugendförderung“ der Stadt Gladbeck, spricht im Interview über neue Wege in der Kooperation, wie mit Jugendlichen Schwerpunkte identifiziert werden und warum Vernetzungsarbeit einer Ehe gleicht.

Herr Fiedler, Gladbeck verfügt nach eigenen Angaben über ein hervorragendes, beispielhaft engmaschiges Netz offener Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, dass Sie nun den Schritt hin zu mehr Vernetzung gehen?

Zusammenarbeit hat in Gladbeck eine lange Tradition. Aber mit der Vernetzung ist es wie mit einer Ehe: Man muss täglich daran arbeiten, sonst funktioniert es irgendwann nicht mehr. Wir wollen die Vernetzung zu den Verbänden, Schulen sowie Kinder- und Freizeiteinrichtungen optimieren. Erfolg und Misserfolg sind noch zu stark von einzelnen Personen abhängig.

Was ist am neuen Konzept anders?

Von Beginn an haben wir alle Partner in die Konzeption einbezogen. Wir nutzen nun jeweils eine soziale Einrichtung als Koordinierungsstelle der Kinder- und Jugendarbeit in einem Stadtteil. Sie stellen die Vernetzung mit anderen Trägern, Initiativen oder Schulen im Stadtteil sicher. Durch diese enge Zusammenarbeit wollen wir die Angebote für Kinder und Jugendliche noch passgenauer gestalten. So sollen öffentliche Räume revitalisiert werden. Daneben möchten wir aber auch Parallelstrukturen in der Verwaltung vermeiden.

Wie gehen Sie die Vernetzung konkret an?

Wir kooperieren auf mehreren Ebenen. Ganz oben arbeiten der Jugendhilfeplaner, die Leitungen der Träger und ich als Vertreter der Jugendförderung zusammen. Wir entwickeln die Kinder- und Jugendarbeit bedarfsorientiert. Die zweite Ebene besteht aus den Koordinierungseinrichtungen im Stadtteil selbst, die im Dreieck Familie, Schule und Jugendliche arbeiten. Sie halten Kontakt zu den Jugendlichen und den sozialen Diensten. Gerade hier kommt es darauf an, dass sie Jugendliche verstehen und entsprechende Angebote entwickeln. Sie sollen die Jugendlichen nicht mit irgendwelchen weltfremden Angeboten überfallen. Die Koordinierungseinrichtungen sind Sprachrohr für die im Stadtteil lebenden Jungen und Mädchen. Auf weiteren Ebenen finden sich mitwirkende Einrichtungen im Stadtteil, die sich in ihrer Arbeit eng mit der Koordinierungsstelle abstimmen.

Sind für die Arbeit in den Koordinierungseinrichtungen Stellen geschaffen worden?

Nein, wir haben keine neuen Stellen geschaffen, sondern die Aufgabeninhalte anders beschrieben. Das ist einfach effektiver und verursacht keine zusätzlichen Kosten.

GLADBECK

73.974
EINWOHNER,
12.800 UNTER
18 JAHREN



Sie wollen vom Kind her denken. Mit welchen Methoden werden Schwerpunkte mit den Jugendlichen identifiziert?

Unsere Kinder- und Jugendbeauftragte hat eine Methodensammlung zum Thema 'Partizipation' entwickelt. Damit ist sie im Moment in Grundschulen und Einrichtungen unterwegs. Unser Ziel ist es, Kindern das Wort zu geben und sie zu beteiligen. Am Ende des Tages werden die Ergebnisse im Rahmen einer Kinderkonferenz in die Stadtverwaltung getragen. Auch unser Jugendrat gibt Impulse, an denen es sich zu arbeiten lohnt. Daneben gibt es unkomplizierte Gespräche in den offenen Bereichen der Einrichtungen oder stadtteilbezogene Jugendversammlungen mit 50 bis 60 Jungen und Mädchen. Es gibt auch die Möglichkeit, Anregungen und Kritik anonym zu äußern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Einrichtungen bieten Sprechstunden an. Stadteilerkundungen, bei denen über Wohlfühl- und Angsträume gesprochen wird, oder Fotospaziergänge sind ebenfalls möglich.

Mit welchen Methoden wird die Kooperation mit den Schulen verstärkt?

Zwei unserer Freizeittreffs sind räumlich an Schulen verortet. Außerdem hat Gladbeck bereits vor Einführung der Schulsozialarbeit nach dem

Bildungs- und Teilhabepaket anderthalb Stellen in diesem Bereich besetzt. Zusätzlich findet unter Federführung des Amtes für Bildung und Erziehung regelmäßig der 'Qualitätszirkel Offene Ganztagschule' statt. Regelmäßige Konferenzen mit allen Schulleiterinnen und Schulleitern sind für uns selbstverständlich. An diesen Treffen ist auch der Jugendhilfeplaner intensiv beteiligt. Mit einer Hauptschule haben wir erst kürzlich eine Fortbildung zur Verbesserung des Schulklimas durchgeführt. Das Feedback war sehr positiv. Wir arbeiten seitdem gemeinsam weiter an dem Thema.

Welche Wirkungen stellen sie in ihrer Vernetzungsarbeit fest?

Die direkten Rückmeldungen der Eltern sind wirklich gut. Ein Beispiel: Unsere Freizeiten sind immer ausgebucht. Besonders berufstätige Eltern freuen sich über das Angebot, weil es sie im Alltag unmittelbar entlastet. Dass es überhaupt ein Feedback in vielen Einrichtungen gibt, ist schon toll. Aber wir wünschen uns für die Zukunft eine strukturierte Evaluation im Rahmen der Jugendhilfeplanung, damit wir auch mit harten Zahlen unseren Erfolg nachweisen können.

„Wir wollen die Vernetzung zu den Verbänden, Schulen sowie Kinder- und Freizeiteinrichtungen optimieren. Erfolg und Misserfolg sind noch zu stark von Personen abhängig.“

DAMIT DIE RICHTIGEN HILFEN ANKOMMEN

Die Sozialarbeiter aus dem Team der Bildungsbegleitung in Hamm führen in jedem Jahr rund 2.500 Beratungen durch und vermitteln an rund 900 Kinder und Jugendliche Lernförderungsangebote aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Seitdem die Finanzierung vom Bund 2014 gestoppt wurde, bezahlt Hamm die Bildungsbegleiter aus dem kommunalen Etat.

Klara* ist 9 Jahre alt und Mathe hat ihr nie wirklich Spaß gemacht. „Früher“, erzählt Klara, „habe ich immer die richtigen Ergebnisse wegradiert und die falschen hingeschrieben, weil ich so unsicher im Rechnen war.“ Bereits in der ersten und zweiten Klasse entstanden Wissenslücken bei Klara in den zentralen Fächern Deutsch und Mathe. Ihre Mutter Yvonne Wesering* weiß, dass das an Klaras Lernschwäche lag und hat sich lange Sorgen gemacht. Aber für teure Nachhilfestunden fehlte der besorgten Mutter das Geld und die Förderangebote an der Schule waren nicht individuell genug, um Klaras Wissenslücken zu schließen. Durch eine Bildungsbegleiterin an Klaras Schule wurde die Mutter dann auf die individuelle Lernförderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) aufmerksam.

Seit 2011 gibt es das BuT. Darin inbegriffen ist die Finanzierung von Schulfahrten, Sportkursen, Mittagessen, Musikunterricht und eben auch individuelle Lernförderung. Bis Ende 2013 wurden sogenannte Bildungsbegleiterinnen und -begleiter, also Schulsozialarbeiter, aus dem BuT finanziert, die an Schulen eingesetzt werden und damit beauftragt sind, Familien und Kinder zielgerichtet und individuell zu unterstützen: beim Ausfüllen von Anträgen, bei Gesprächen mit Lehrern, beim Schulwechsel, bei der beruflichen Orientierung oder der Suche nach einem geeigneten Anbieter von Lernförderung.

Mit Beginn von „Kein Kind zurücklassen!“ in der Stadt Hamm wurden die Bildungsbegleiterinnen und Bildungsbegleiter aller drei Altersgruppen integraler Bestandteil der Förderketten in den

Altersgruppen ab dem sechsten Lebensjahr. Die Aufteilung der Altersgruppen gestaltet sich wie folgt: Primarstufe, also sechstes bis zehntes Lebensjahr, Sekundarstufe I vom zehnten bis 14. Lebensjahr und Sekundarstufe I/II ab dem 15. Lebensjahr.

Die Grundschülerin Klara gehört zur ersten Gruppe. Ihre Mutter wandte sich an die zuständige Bildungsbegleiterin Andrea Thier-El Guatbi, die sich für Klara auf die Suche nach einer passenden und wohnortnahen Nachhilfelehrerin machte. Die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter versuchen die Unterstützungsleistungen so individuell zu koordinieren, dass die Familien keine großen Wege zurücklegen und kaum Hürden überwinden müssen: „Wir unterstützen gerne Angebote vor Ort, die in den Schulen oder in der Offenen Ganztagschule stattfinden“, sagt Thier-El Guatbi. Es geht also um die Förderung günstiger, niedrigschwelliger und nachhaltiger Präventionsangebote.

Seit dem 01. Februar 2012 gibt es die Hammer Bildungsbegleitung. Dafür wurden vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem bereits existierenden Schülerteam des Kommunalen Jobcenters Hamm mit 21 neuen BuT-geförderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Bildungsbegleitungsteams zusammengeschlossen.

Mittels eines Vergabeverfahrens wurden freie Träger der Jugendhilfe, die insbesondere über Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Schulen verfügen, in das Projekt eingebunden. Durch die Beratungs- und Fördertätigkeit der Bil-

HAMM

176.037
EINWOHNER,
31.660 UNTER
18 JAHREN

Jährlich erhalten
rund 900
Kinder in Hamm
Lernförderung
im Rahmen des
Bildungs- und
Teilhabepaketes.

dungsbegleiterinnen und -begleiter mit Kindern, Jugendlichen und Eltern können diese als ideales Bindeglied zwischen Jugendhilfe und Schule agieren. Koordiniert wird das Gesamtprojekt durch das Kommunale Jobcenter Hamm. Aufgrund der Erfolge beschloss der Rat der Stadt Hamm, nach dem Auslaufen der Bundesförderung Ende 2013, die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter über kommunale Mittel zu finanzieren.

Die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter sind insgesamt an neunzehn Grundschulen, fünf Hauptschulen, einer Sekundarschule, fünf Realschulen, zwei Gymnasien und an beiden Gesamtschulen in sieben Sozialräumen eingesetzt. Darüber hinaus sind die Bildungsbegleiter ebenfalls an den Hammer Berufskollegs aktiv.

Jeden Dienstag und Donnerstag bekommt Klara Nachhilfe von Heike Lenninghaus. Sie ist damit eins von jährlich rund 900 Kindern, die in Hamm Lernförderung im Rahmen des BuT erhalten. Die Nachhilfelehrerin merkte schnell, dass Klara Grundwissen fehlte. Das kleine Einmaleins saß noch nicht richtig, deshalb hatte Klara grundlegende Verständnisschwierigkeiten in Mathe. Viele Kinder bräuchten in solchen Situationen nur die richtige Förderung, sagt Lenninghaus. Sie habe alles noch mal in Ruhe erklärt und sei den Stoff eins-zu-eins mit ihr durchgegangen. „Das macht Spaß, denn sie macht es gern“, findet Lenninghaus. Und Klara fügt hinzu: „Wir haben ganz viel geübt! Am Laptop mit plus, minus und geteilt.“

Die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter sollen schwerpunktmäßig Kinder dabei unterstützen, entsprechend ihrer individuellen Möglichkeiten einen marktfähigen Schulabschluss zu erhalten oder ein höheres Lernniveau zu erreichen. „Letztendlich dient die Förderung der Verbesserung von Chancen auf dem Ausbildungsmarkt, der weiteren Entwicklung im Beruf und damit der Fähigkeit, später den Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten zu können“, so Lydia Schillner vom Kommunalen Jobcenter Hamm.

Die Nachhilfelehrerin Heike Lenninghaus ist froh, dass sie von der Bildungsbegleiterin so frühzeitig an Klara vermittelt wurde und auch ihr helfen konnte. Im nächsten Jahr wäre es vielleicht schon zu spät gewesen, mutmaßt sie. „In der zweiten Klasse können Probleme noch schnell gelöst, Wissenslücken geschlossen werden“,

sagt sie und fügt hinzu: „Wenn aber in der dritten Klasse noch immer entscheidendes Grundwissen fehlt, können die Defizite vor dem Übergang in die weiterführende Schule oft nicht mehr ausgeglichen werden.“

Die präventive Hilfe ist Grundidee des Programms „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Ein weiterer Leitgedanke ist die Vernetzung der Hilfeangebote. Die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter nutzen ihre Kontakte in den Stadtteilen auch, um Brücken

zu anderen Anbietern zu bauen. Sie vermitteln die Familien an Sportvereine, Sprachkurse oder andere Kultur- und Freizeitangebote und behalten auch die anderen Kinder der Familie im Blick. So hat Andrea Thier-EI Guatbi auch schon Klaras kleiner Schwester helfen können und für sie einen lang ersehnten Schwimmverein gefunden. Dabei ist Thier-EI Guatbi wichtig, niemals bevormundend zu wirken. „Wir wollen nicht übergriffig sein, sondern beratend. Uns nicht einmischen, aber zeigen, dass wir gern helfen“.

Der Ansatz hat Erfolg: Seit Projektbeginn wurden in Hamm pro Schuljahr durchschnittlich 2.500 Kinder und Jugendliche durch die Bildungsbegleitung beraten und unterstützt. Unter anderem wurden im Schuljahr 2012/2013 889 Kinder und Jugendliche mittels individueller Lernförderung unterstützt. Davon konnten 86 Prozent ihre Note halten oder verbessern und damit die drohende Versetzungsgefährdung erfolgreich abwenden. Auch Klara kann nun regelmäßig mit Heike Lenninghaus vor den Aufgabenblättern brüten, ohne dass ihren Eltern Kosten entstehen. Einen ersten Erfolg gab es schon: In der letzten Mathearbeit hatte Klara zum ersten Mal eine glatte eins.



Andrea Thier-EI Guatbi, Bildungsbegleiterin: „Wir wollen nicht übergriffig sein, sondern beratend. Uns nicht einmischen, aber zeigen, dass wir gern helfen.“

* Name von der Redaktion geändert.

WAS WÜNSCHST DU DIR?

Welche Bedürfnisse haben Kinder in Wuppertal? Um dies herauszufinden, fragt die Stadt Jungen und Mädchen zwischen sechs und sechzehn Jahren nach ihren Vorstellungen. In einem Projekt durften Kinder ihren Wunschraum basteln. Dabei kam heraus: Sie sehnen sich nach Rückzug und Selbstbestimmung. Das Projekt ist eines von insgesamt 14 Beteiligungsprojekten, deren Ergebnisse bei vorbeugenden Angeboten berücksichtigt werden sollen.



Im Projekt „Wunschbox“, das der Soziologie-student André Schmale entwickelt hat, durften Kinder ihr Traumzimmer in eine Holzkiste basteln. Dabei kamen ganz unterschiedliche Räume heraus: Ein Chillraum mit Spielekonsole und Flachbildschirm, ein Tatort-Zimmer, in dem ein Mord aufgeklärt wird, ein Fußballstadion, ein Ballettzimmer mit Spiegel und Ballerina, oder eine gemütliche Kuschelkiste. Auf den ersten Blick sind die Räume grundverschieden – und doch offenbaren sie ein Grundbedürfnis: den Wunsch nach Selbstbestimmung und Rückzug und am Ende auch immer Entspannung. Denn fast jedes Kind hat in seine Kiste auch ein Bett gebaut.

„Wunschbox“ ist eins von bisher 14 Wuppertaler Beteiligungsprojekten, die in den Stadtteilen

Langerfeld, Rehsiepen, Ronsdorf, Röttgen, Beyenburg und stadtteilübergreifend an Schulen durchgeführt wurden. Dahinter steht der Gedanke, dass Erwachsene oft zu viel vorweg nehmen und nicht genug auf Kinderwünsche eingehen.

Projekte wie „Wunschbox“ machen die Kinder zu den Entwicklern von Prozessen und liefern vielseitige Einsichten in ihre Emotionen und Ideen. Alle Projektergebnisse wurden in der Steuerungsgruppe vorgestellt und im Jugendamt präsentiert. Nun werden Workshops stattfinden, die sich mit der Interpretation der Ergebnisse beschäftigen. Fragen

sind hierbei: Was ist nötig, um die Wünsche der Kinder in die Praxis umzusetzen? Es geht hierbei sowohl um die Rahmenbedingungen als auch die weitere Beteiligung der Kinder und Jugendlichen – auch bei der Umsetzung.

Von der Basis bis zu den Spitzen bringt das Projekt verschiedene Ebenen und Fachrichtungen zusammen: Vom Streetworker bis zum Jugendamtsleiter sind alle für die Wünsche der Kinder sensibilisiert und können die präventiven Angebote Wuppertals besser auf die Bedürfnisse der Kinder zuschneiden. Angeregt durch das „Wunschbox“-Projekt wird geprüft, ob der Spagat zwischen Aufsichtspflicht und Freiraum gelingen kann, um entsprechende Rückzugsräume zu schaffen.

WUPPERTAL

342.661
EINWOHNER,
56.480 UNTER
18 JAHREN

Ein Chillraum, ein Tatort-Zimmer, ein Fußball-Stadion, ein Ballettzimmer mit Spiegel und Ballerina und eine gemütliche Kuschelkiste: Das sind die Wunschräume der Kinder.



GENERATION ZUKUNFT

Jugendliche in Arnstberg wollen mehr Informationen über das Leben in ihrer Stadt. Das hat eine Jugendbefragung ergeben, in deren Rahmen junge Menschen ihre Wünsche zu den Bereichen Kultur, Kommunikation, Karriere und Freizeit äußern konnten. Die Befragung bildet die Basis für das Projekt „Generation Zukunft“, worin Vertreter der Stadt, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft gemeinsam Lösungsvorschläge entworfen haben. Ein Ergebnis: Alle Beteiligten halten die Schaffung eines geeigneten virtuellen Kommunikationsortes für Jugendliche der Stadt Arnstberg für notwendig.

Die Schüler Hannah Wolf und Carmo Hieronymos nehmen am Projekt „Generation Zukunft“ teil, weil sie besser über Angebote ihrer Stadt informiert werden wollen. Damit teilen sie die Meinung vieler Jugendlicher aus Arnstberg. Eine Befragung von fast 2.000 Schülerinnen und Schülern an allen wei-

Zivilgesellschaft erarbeiten darin gemeinsam Projektvorschläge zu den vier Themenfeldern: Kommunikation, Freizeit, Karriere und Kultur. „Dem Bürgermeister ist es wichtig, die Interessen und Bedürfnisse der jungen Menschen in Arnstberg frühzeitig wahrzunehmen. Mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Partner

wollen wir für Kinder und Jugendliche attraktiv bleiben, so dass sie weiterhin ihre Zukunft in der Stadt Arnstberg sehen. Dafür haben wir die Befragung bewusst breit angelegt um ein möglichst differenziertes Bild zu bekommen“, sagt Christian Eckhoff.

Hannah und Carmo haben sich in der Projektgruppe

terführenden Schulen im Stadtgebiet hatte Ende 2013 ergeben, dass viele das kulturelle Angebot in Arnstberg kaum kennen. Auch berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote müssten noch bekannter werden, so die Jugendlichen. Die Befragung bilde die Grundlage des Beteiligungsprojekts „Generation Zukunft“, sagt Christian Eckhoff vom Arnstberger Familienbüro, der das Projekt betreut. Vertreter der Stadt, von Unternehmen und der

„Kommunikation“ Gedanken dazu gemacht, wie ein Kommunikations- und Informationsservice für Jugendliche aussehen könnte. Eine Arnstberg App halten sie für eine praktische, zeitgemäße und nutzerorientierte Idee. Sie könnte die Jugendlichen mit aktuellen Event- und Freizeittipps, aber auch mit Wahlergebnissen und anderen Neuigkeiten aus dem Rathaus versorgen. Auf einen Blick könnten sich die jungen Arnstberger dort auch über



ARNSTBERG

74.383
EINWOHNER,
12.800 UNTER
18 JAHREN



Möglichkeiten für Ferienjobs und Praktika lokaler Firmen informieren. Ebenso wünschen sich die Jugendlichen Pläne des öffentlichen Nahverkehrs in der App, damit sie erfahren, wie sie im ländlichen und weitläufigen Arnsberg mobil bleiben können. Die Idee der Jugendlichen kam bei den Vertretern der Wirtschaft gut an. Auch die Unternehmer im Projekt halten eine virtuelle Kommunikationsplattform für eine sinnvolle Idee und reichten einen entsprechenden Projektvorschlag ein. Hinter den Projektvorschlägen liegt ein längerer Arbeitsprozess: Die Ergebnisse der Befragung wurden der breiten Öffentlichkeit auf einer Kick-Off-Veranstaltung im Februar 2014 präsentiert. Anschließend wurden vier Fokus-Gruppen gebildet: Unternehmer, Veranstalter, Vereine, Jugendliche, Azubis und Schulen haben sich seitdem fünf Mal in Gruppen zum Ideenschmieden getroffen. „Wir haben erst ein grobes Konzept entwickelt und dann immer weiter verfeinert“, beschreibt Carmo das Vorgehen in seiner Arbeitsgruppe. Ziel des Projekts ist es laut Stadt, einen Lerneffekt anzuregen. Im Kreativprozess sei den Jugendlichen immer deutlicher geworden, was wirklich wichtig sei.

Dabei herausgekommen sind insgesamt elf Ideen. Ein Beispiel dafür sind Maßnahmen, wie die Aufbesserung des Ruhrtalradwegs mit Bänken, Sport- und Kulturangeboten, Bühnen und Plätzen, so dass Jugendliche und Familien dort gern Zeit verbringen. Mehr Konzerte und ein Kultur-Sommer mit Workshops für Jugendliche stehen ebenso auf der Liste wie eine bessere Berufsberatung und Bewerbertrainings in der Schule. Daraus entstanden ist die Konzeptidee des Ausbildungsbotschafters. In dieser Funktion geben junge Auszubildende ihre Erfahrungen bei der Arbeitsplatzsuche an Arnsberger Schülerinnen und Schüler weiter. Einige Ideen aus dem Bereich Kultur werden

bereits umgesetzt, heißt es von Seiten der Stadt. Der Kultur-Sommer mit Workshops für Jugendliche findet im Rahmen des Kunstsommers Arnsberg 2014 statt, ebenso werden dort Auftrittsmöglichkeiten für heimische Nachwuchsbands angeboten. Weitere Vorschläge sollen jetzt auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden. Um die Stadt zu überzeugen, haben die Arbeitsgruppen schon über eine gewinnbringende Öffentlichkeitsarbeit, Sponsoren und Werbebotschafter nachgedacht. So schlugen die Jugendlichen aus der Projektgruppe „Kommunikation“ vor, mit Flyern, Sprühfarbe und Plakaten auf die neue App aufmerksam zu machen und bei örtlichen Firmen auf Spendersuche für die Kosten der Programmierung und für die Pflege der Seite zu gehen.

Ein wichtiger Partner bei der Umsetzung sei die Arnsberger Bürgerstiftung, die Projektvorschläge im Rahmen ihrer Möglichkeiten umsetzen will. Christian Eckhoff, der in Arnsberg auch Koordinator von „Kein Kind zurücklassen!“ ist, hofft, dass besonders die Vorschläge aus dem Freizeit- und Kulturbereich geprüft werden. „Die Vorschläge haben die Kulturverantwortlichen der Stadt überzeugt. Gute Impulse wurden auch schon für die Optimierung der Arnsberger Ausbildungsmesse aufgenommen. Dazu zählen die App und die Ausbildungsbotschafter“, sagt Eckhoff. Die Stadt nehme auch den Wunsch der Jugendlichen nach einer virtuellen Informationsplattform ernst, heißt es aus dem Rathaus. Ob das nun eine App werde oder ob ein anderer Zugang gewählt wird – die Stadt werde nach Lösungen suchen, um entsprechend geeignete Kommunikationsorte zu schaffen. Mit der Umsetzung der Projektvorschläge ist bereits begonnen worden.

Mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Partnern will Arnsberg für Kinder und Jugendliche attraktiv bleiben.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen!
Kommunen in NRW beugen vor“

beim

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und
Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 837-02

info@mfkjks.nrw.de

www.mfkjks.nrw.de

In Zusammenarbeit mit

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh

Telefon: 05241 8181-376

info@kein-kind-zuruecklassen.de

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortliche Ansprechpartner:

Dr. Kirsten Witte, Director Programm

LebensWerte Kommune

Karl Janssen, Projektleiter „Kein Kind zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor“

Träger der Landeskoordinierungsstelle:

Institut für soziale Arbeit e.V.

Stadtstraße 20, 48419 Münster

Telefon: 0251 925-360

info@isa-muenster.de

www.isa-muenster.de

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke

Geschäftsführerin: Truda Ann Smith

www.kein-kind-zuruecklassen.de

Redaktion: Marco Becker, Lena Gilhaus, Dr. Regina von
Görtz, Dr. Christina Günther, Christin Jasper,
Dr. Hildegard Kaluza, Lisa Kasper, Karl-Heinz Kaup,
Hanna Münstermann, Dr. Johannes Schütte,
Henning Severin, Dr. Heinz-Jürgen Stolz
Druck: becker.druck, F.W. Becker GmbH,
Grafenstraße 46, 59281 Arnsberg
Gestaltung: KÖNIGSPUNKT, Agentur für Innovation und
Markenbildung, Sachsenring 83, 50677 Köln

Fotocredits:

ISA/Fabian Stürtz: Titel, 6, 7, 8, 11, 14,
22, 23, 29, 30, 31, 34, 36, 37, 38, 40, 41, 43, 44, 46, 47,
49, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 68, 69, 73, 74, 75, 78, 79
ISA/Martin Scherag: 33, 67, 71, 76, 77
ISA/David Sievers: 16, 17, 18, 19
ISA/Michael Neuhaus: 13, 65
ISA/Henning Severin: 17, 39
Bertelsmann Stiftung: 20, 21
Bertelsmann Stiftung/Thomas Kuntsch: 25, 27
Bertelsmann Stiftung/Arne Weychardt: 5
Staatskanzlei NRW/Oliver Tjaden: 4
Büro für Chancengleichheit, Oberhausen: 45

Auflage: 5.000

Erscheinungsjahr 2014

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.



www.kein-kind-zuruecklassen.de

Mit finanzieller Unterstützung
des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds

Stand: 29. August 2014